

## 90.000 gegen TTIP

**TTIP – die vier Buchstaben sorgen für viel Wirbel. Am 23. April gab es in Hannover eine beeindruckende Demonstration gegen das Freihandelsabkommen TTIP. Die Veranstalter sprachen danach von 90.000 friedlichen Bürgern, die für einen gerechten Handel und den Erhalt der Demokratie auf die Straße gegangen sind.**

Seit dem Sommer 2013 wird über das „Transatlantic Trade and Investment Partnership“-Abkommen - kurz TTIP - verhandelt. Vorbild bei den Verhandlungen ist das bereits ausgearbeitete Abkommen CETA („Comprehensive Economic and Trade Agreement“) zwischen Europa und Kanada, das aber noch nicht ratifiziert wurde.

Durch die Vereinbarungen zwischen der EU und den USA soll die weltweit größte Freihandelszone geschaffen werden. Durch den Wegfall von Zöllen und vereinfachte Vorschriften soll der gegenseitige Import und Export ange-

kurbelt werden.

Allgemeingültige Normen und Standards sind gut und notwendig. Daran kann kein Zweifel bestehen. Überall sollten die Muttern auf Schrauben und die Stecker problemlos in die Steckdosen passen. Das System der Maßeinheiten sollte überein-



stimmen, damit die Angaben verstanden, angewendet und verglichen werden können. In England ist vor 200 Jahren manches anders geblieben als im Kontinental-

europa, weil die Engländer aus politischen Gründen die von Napoleon durchgesetzten Anpassungen nicht mitgemacht haben.

Die Festlegung und Änderung von Standards ist eine Kraft- und Machtfrage, also eine politische Frage. Wer die Normen festlegt, hat einen Vorteil. Für andere kann es nachteilig werden.

Durch TTIP sollen sich die angeglichenen Standards im Handel zwischen der EU und den USA auf den internationalen Markt auswirken und ihn vereinheitlichen.

Merkel und Obama werben dafür, die meisten Deutschen sind aber entweder dagegen oder unentschieden.

Angeblich sichere das Abkommen Aufträge und damit Jobs und werde das reale Einkommen langfristig um etwa 4,7 Prozent steigen lassen. Durch den Weg-

fall der Zölle sollen die Produkte günstiger werden, wird versprochen.

*Fortsetzung auf S. 3*



In Alt Jabel fand das 1. Jugendcamp der LINKEN MV statt  
Mehr dazu auf Seite 3



DIE LINKE zeigt die Rote Karte gegen Sexismus  
Mehr dazu auf Seite 5



Marie Guskowski ist die neue jugendpolitische Sprecherin der LINKEN  
Ein Interview mit ihr auf Seite 16

## In dieser Ausgabe

Seite 2: LRO-Kreisvorstand

Seite 3: Jugendcamp

Seite 4: Vor dem Parteitag

Seite 5: Sexismus

Seite 6/7: Leserbrief

Seite 7: Fraktionsvorsitzende

Seite 8/9: Wahlkampf

Seite 10/11: Kuba heute

Seite 11: Direktkandidaten

Seite 12: Geschichte

Seite 13: Richard Wossidlo

Seite 14: Einführung ins Kapital

Seite 15: Termine / Lyrik

Seite 16: Marie Guskowski

# (Kurzes) Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, lassen wir die Schultern hängen, weil die Umfragen nicht so gut sind? Nö, stattdessen legen wir noch eine Schippe drauf und schärfen unser politisches Profil. In dieser und in den folgenden Ausgaben des KLARTEXT könnt Ihr lesen, wofür unsere Partei im Wahlkampf streiten wird. Schwarzmalerei und Pessimismus sind völlig unange-

bracht. Über die richtige Strategie unserer Partei wird man aber diskutieren müssen. Auch das wollen wir im KLARTEXT tun. Diese Ausgabe ist dem Genossen Heinz Born (1919-2016) gewidmet.

**Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.**



Aus Anlass des 130. Geburtstages **Ernst Thälmanns** versammelten sich ca. 20 linksorientierte Rostocker\*innen am 18. April am Denkmal für den Arbeiterführer in Reutershagen. Organisiert wurde die Veranstaltung von der LINKE-BO Reutershagen. Anwesend waren auch Mitstreiter\*innen vom Rostocker Friedensbündnis, der SDAJ/DKP und des Rot-Fuchs Rostock. Eine Gedenkrede hielt der Antifaschist Jürgen Weise.

Foto: Carsten Hanke

## KLARTEXT online

### 1. Mai: Heute so wichtig wie damals

Seit 130 Jahren ist der 1. Mai Symbol für den Kampf von Beschäftigten für bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse. Anlässlich des 1. Mai erklären die Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Rieching:

Einiges hat sich für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten 130 Jahren zum Besseren gewandelt. Die Arbeiterbewegung hat gemeinsam mit ihren Gewerkschaften viele Errungenschaften und Fortschritte erkämpft. Die Arbeitswelt von heute zeigt

aber auch: Der 1. Mai hat nichts von seiner Bedeutung und Aktualität eingebüßt.

Prekäre Beschäftigung, Leiharbeit, Niedriglöhne, Löhne und Renten, die nicht armutsfest sind, abnehmende soziale Sicherheit, massive Deregulierung am Arbeitsmarkt, Angst vor der Zukunft... das ist die Lebenswirklichkeit für Millionen Menschen im Land.

Eine Lebenswirklichkeit, mit der wir uns als LINKE nicht abfinden. Eine Realität, der wir den Kampf ansagen.

Seit einem Jahr läuft unsere Kampagne „Das muss drin sein.“ erfolgreich. Unhaltbaren Arbeits- und Lebensbedingungen stellen wir konkrete Forderungen entgegen, die den Menschen wieder ins Zentrum politischen Handels stellen. Wir wollen Befristung und Leiharbeit stoppen, wir wollen eine existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV, wir wollen Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst. Wohnraum und Energie müssen bezahlbar sein. Wir wollen mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit zu guten Löhnen. Ein Leben mit guten Perspektiven, ohne Angst vor Armut im Alter muss drin sein.

Dafür gehen wir am 1. Mai auf die Straße.



Nico Burmeister und Marlis Schröder beim 1. Mai 2016

## Aus dem Kreisvorstand DIE LINKE.Landkreis Rostock

Der Kreisvorstand des Landkreises Rostock traf sich am 13. April zu seiner planmäßigen Sitzung in der Gaststätte „El Dorado“ in Güstrow. Auf der Tagesordnung standen eine erste Auswertung der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die inhaltliche Befassung mit unserem Landtagswahlprogramm sowie die Auswertung der Landeswahlwerkstatt und des Landesjugendcamps DIE LINKE.

Die Auswertung der Landtagswahlen vom 13. März 2016 nahm Genosse Lutz Hänsel vor. Er analysierte verschiedene Quellen, um die Ursachen der erzielten Wahlergebnisse herauszuarbeiten. In der anschließenden, sehr emotionalen Diskussion wurden Schlussfolgerungen, nicht nur für unseren bevorstehenden Wahlkampf, sondern für die konkrete Tagespolitik vor Ort gezogen. Es ging um den Umgang mit der AfD, um Fehler auch unserer Partei, bis hin zu den Inhalten unseres Landtagswahlprogramms. Dabei erklärte uns zum Beispiel unser Gast Robert Georgi, ein junger Genosse aus Kösterbeck, welche Erwartungen Jugendliche an das Wahlprogramm und die Partei haben. Als sehr gut wurde empfunden, dass von den TeilnehmerInnen des Landesjugendcamps die Initiative ausging, ein Jugendwahlprogramm zu erarbeiten. Vom Kreisvorstand wurde der Vorschlag angenommen, nach dem Landesparteitag am 21. Mai für unseren Kreisverband ein Informationsblatt über inhaltliche, konkrete Forderungen unseres Landesverbandes aus dem Wahlprogramm zu erarbeiten. Dieses Blatt muss gepaart werden mit konkreten Finanzierungsvorschlägen zur Umsetzung unserer Forderungen.

Die Kreisschatzmeisterin, Heike Müller, informierte die Mitglieder des Kreisvorstandes über unsere im ersten Quartal erreichten finanziellen Ergebnisse. Die Mitglieder des Kreisvorstandes waren sich einig, dass auf dem Gebiet der Spenden und Mandatsträgerbeiträge zugelegt werden muss und beschlossen mehrere Aktivitäten, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Vorbereitung der Aktivitäten zum 1. Mai sowie zum 8. Mai in diesem Jahr. Zum „Tag der Arbeit“ finden zwei Veranstaltungen statt. In Bad Doberan ab 10 Uhr ein Familienfest auf dem Kornhausgelände, welches traditionell vom Bad Doberaner Aktionsbündnis „Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ organisiert und durchgeführt wird.

In Güstrow auf dem Markt beteiligen wir uns am Familienfest des DGB. Dieses steht in diesem Jahr unter der Losung „Zeit für mehr Solidarität“. Anlässlich des Tages der Befreiung vom Hitlerfaschismus finden in unserem Kreisverband ehrende Gedenken in Bad Doberan, Güstrow und Lalendorf statt.

Unser Kreisvorstand trifft sich zu seiner nächsten Beratung am 10. Mai 2016, um 18.30 Uhr in Laage.

Peter Hörning (Kreisvorsitzender)

# Wirbel um vier Buchstaben - TTIP

Fortsetzung von S. 1

Aber das sehen nicht alle so. TTIP sichere keine Jobs, es gefährde sie sogar. Durch den erleichterten Marktzugang für US-Unternehmen auf dem europäischen Markt werde eine verschärfte Konkurrenz geschaffen, was bei EU-Konzernen zu Umsatzeinbußen und demzufolge auch zu Stellenstreichungen führen könne. Kritische Forscher bemängeln zudem, dass das versprochene Wirtschaftswachstum runtergerechnet pro Jahr nur ein Plus von 0,05 Prozent bringen würde. TTIP werde die Kluft zwischen Arm und Reich noch vertiefen.

In den Augen der TTIP-Gegner bergen angeglichene Standards das Risiko, dass Regelungen im Sozial- oder Gesundheitsbereich zugunsten der Wirtschaft aufgeweicht werden würden. Zwar hat hier die EU bereits teilweise eingelenkt und will beispielsweise auch künftig den Import des sogenannten Chlorhühnchens verbieten. Anderer-

seits ist den Amerikanern Käse aus nicht komplett toter Milch ein Graus. Aber ist die Gefahr wirklich gebannt?

Nach Ansicht der Kritiker könnte TTIP Unternehmen auch rechtlich mehr Druckmittel zur Verfügung stellen. Ein Konzern könnte im Rahmen des Investitionsschutzabkommens (ISDS) Klage gegen einen Staat einreichen, wenn er sich in seinen Rechten und Gewinnerwartungen diskriminiert sieht. Diese Klage würde dann vor einem Schiedsgericht geklärt werden. Kritiker glauben, Firmen könnten diesen Umstand ausnutzen, um demokratisch geschaffene Gesetze unter Androhung einer Klage zu verhindern oder wirkungslos zu machen.

Wir Linke wollen TTIP und CETA verhindern. Beide enthalten diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen. Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen

Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden.

**Wir wollen mehr statt weniger! Statt TTIP und CETA fordert DIE LINKE:**

- den Vorrang von Menschen und Umwelt vor Profitinteressen,
- die Stärkung der Rechte von Beschäftigten,
- mehr Mitbestimmung und umfassende Demokratie,
- einen stärkeren Verbraucherschutz, sowie,
- ein hohes Niveau öffentlicher Dienstleistungen,
- die Streichung des Konzern-Klagerechts aus allen Handelsabkommen.

Wolfgang Bergt

## „Ich war dabei - und es war geil!“ - Jugendcamp in Alt Jabel

Die Wahl rückt immer näher und dementsprechend beginnt nun auch langsam die Wahlkampfzeit. Doch was denken junge Menschen überhaupt, wie lesen sie Wahlprogramme und was verbinden sie mit bestimmten Themen? Dies rauszufinden war ein Anspruch des Jugendcamps, zu dem der Landesvorstand

am ersten Aprilwochenende nach Alt Jabel (Landkreis Ludwigslust-Parchim) einlud. Dieser Einladung folgten rund 40 junge Genossinnen und Genossen aus Partei und Jugendverband, die in verschiedenen Arbeitsgruppen und lockerer Atmosphäre den Rohentwurf unseres Wahlprogramms aus unterschiedlichen jugendpolitischen Perspektiven diskutierten. So gab es beispielsweise eine AG mit dem Schwerpunkt „Antifaschismus“, eine andere nahm sich dem Thema „Jugend und Soziales“ an. Die unterschiedlichen Arbeitsergebnisse und Anmerkungen werden nun zusammengefasst, um dann einerseits in das Landeswahlprogramm Eingang zu finden und andererseits als Grundlage für das Wahlprogramm des Jugendverbandes zu dienen.

Doch selbstverständlich wurde an dem Wochenende nicht nur gearbeitet. Gerade in der aktuellen Zeit, in der sich Jugendver-

band und Partei endlich wieder annähern und ein Neuanfang deutlich zu spüren ist, war das Jugendcamp eine ideale Möglichkeit, um sich einmal abseits von irgendwelchen Parteitagen richtig kennenzulernen.



Doch nicht nur das, die neuen Genossinnen und Genossen, die in letzter Zeit den Jugendverband im Land wieder mit mehr Leben gefüllt und in den größeren Städten neue Ortsgruppen gegründet haben, konnten sich auch viele praktische Tipps zum Thema Wahlkampf aneignen. Dafür hatten wir drei Genossinnen und Genossen aus dem sächsischen Jugendverband eingeladen, die ihre Kampagne anlässlich der letzten Landtagswahl vorstellten. Auch nach dem inhaltlichen Teil entstanden zwischen

Landespartei und Jugendverband bei guter Musik von den „Les Bummms Boys“, einem gemütlichem Lagerfeuer und angenehmen Temperaturen sehr angeregte Gespräche, von denen beide Seiten profitierten.

Deutlich wurde an diesem Wochenende, dass wir alle gemeinsam – junge und ältere Genossinnen und Genossen aus Partei und Jugendverband – einen politischen und gesellschaftlichen Wechsel in Mecklenburg-Vorpommern erreichen wollen. Doch um alle Menschen im Bundesland anzusprechen, ist es unerlässlich, an einem gemeinsamen Strang zu ziehen. Aus diesem Grund würde es mich freuen, wenn aus diesem Jugendcamp eine kleine Tradition entstehen würde, in deren Rahmen Partei und Jugendverband einmal im Jahr ein ungezwungenes Wochenende miteinander

verbringen.

Zu guter Letzt möchte ich noch einmal allen Menschen danken, die mich bei der Planung und Umsetzung des Wochenendes unterstützt haben.

*Phillip Bock, jugendpolitischer Sprecher im Landesvorstand und Landtagskandidat aus Rostock*

Quelle: Newsletter DIE LINKE MV

# Vor dem Parteitag: Eine Strategie für die Zukunft

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt – der Misserfolg der LINKEN und der Erfolg der AfD – hat in unserer Partei für Nervosität und Unruhe gesorgt. Vieles wird plötzlich in Frage gestellt, vieles scheint nichts mehr wert. Der Anlass für mich, diesen Artikel zu schreiben, war ein Auftritt Bodo Ramelow im Bericht aus Berlin (ARD) am 17. April. Darin meinte er, DIE LINKE müsse für sich entscheiden, welche Lösungsangebote man für diese Gesellschaft unterbreite. Er könne bei der LINKEN „kein Profil“ erkennen, sondern nur „viele Konzepte“, sagte Ramelow. „Vor zehn Jahren wusste man noch: Die Linke, das ist die Hoffnung, dass es auch anders geht.“ Nun gebe es die Wahrnehmung, dass die Partei zum **Establishment** gehöre.

Nach 26 Jahren im vereinigten Deutschland ist unsere Partei – die Oppositionsführerin im Bundestag – aus dem deutschen Parteiensystem nicht mehr wegzudenken. Logisch, dass man nach so langer Zeit als Teil des Establishments wahrgenommen wird, obwohl wir zeigen, „dass es auch anders geht“ und unsere politischen Positionen (in den meisten Fällen) uns automatisch in eine Außenseiterposition bringen. In der **Friedenspolitik**, der **Durchsetzung sozialer Rechte** und der Forderung nach massiver **Umverteilung** des gesellschaftlichen Reichtums stehen wir im Bundestag mittlerweile konkurrenzlos da. In diesen Fragen haben wir ein **klares Profil**, unterbreiten Lösungsangebote für die Gesellschaft. Es ist sehr wichtig, dies immer wieder zu betonen und die eigene Partei nicht als Versagerin abzustempeln, denn ein solches Negativetikett bekommt man irgendwann nicht mehr abgekratzt.

Teil des Establishments sind wir eher dadurch, dass wir eine spezifische Rolle im deutschen Parteiensystem einnehmen: die Rolle des sozialen Gewissens, der ständigen Mahnerin, die die richtigen Forderungen stellt, aber sie nicht durchzusetzen vermag. Wir sind quasi das soziale Feigenblatt des Kapitalismus. Unbequem, aber ungefährlich – und deshalb geduldet. Gregor Gysi hat daraus den Schluss gezogen, dass DIE LINKE einen weiteren Schritt in ihrer Evolution gehen müsse, nämlich die Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Weil dafür derzeit jegliche Basis fehlt, pocht unsere Parteispitze auf die Eigenständigkeit der LINKEN – abzulesen im jüngsten Strategiepapier von Katja Kipping und Bernd Riexinger („Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie“). Die Quintessenz lautet: Unsere Inhalte orientieren sich nicht an künftigen Koalitionsverträgen, sondern an unserem

Programm. Mit dieser Geradlinigkeit wollen wir unsere Position im Parteiensystem festigen.

Das Papier beweist, dass DIE LINKE ein klares inhaltliches Profil besitzt. Der von den Arbeitenden produzierte Reichtum muss ihnen selbst zugute kommen. Wir brauchen gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze. Wir brauchen eine Sozialstaatsgarantie für alle, die die Angst vor Armut beseitigt.\* Es ist also leicht, den Genossen Ramelow sachlich zu widerlegen. Vielleicht hat er jedoch Recht, wenn er unterstellt, dass zu viele Konzepte unser Profil unscharf machen. Katja und Bernd schlagen deshalb vor, dass wir uns in der Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben auf 1-2 Kernforderungen konzentrieren, die es jedoch noch zu finden gilt.

Unser Landtagswahlprogramm konzentriert sich auf drei Kernbereiche: Soziale Gerechtigkeit, Demokratie stärken, gleichwertige Lebensverhältnisse. Wir bekennen uns zum demokratischen Sozialismus. Die Kunst ist, daraus konkrete Forderungen für die Gegenwart ableiten. Das ist m.E. im Landtagswahlprogramm sehr gut gelungen. Im Wahlkampf müssen wir unsere Kernforderungen anschaulich an die Wähler bringen.

## DIE LINKE. hängt als einzige Partei im Bundestag nicht am Finanztropf der Konzerne.

Die Top-Spender 2014	Gesamt	CDU	CSU	SPD	Grüne	Linke
1 VBM Bayerische Metall- und Elektro-Industrie*	413.000 €		333.000 €	50.000 €	30.000 €	
2 Südwestmetall*	305.500 €	150.500 €		55.000 €	100.000 €	
3 Daimler*	280.000 €	100.000 €	40.000 €	100.000 €	40.000 €	
4 Evonik*	210.000 €	70.000 €	30.000 €	90.000 €	20.000 €	
5 DVAG (Allfinanz)Pohl	193.500 €	153.500 €			40.000 €	
6 VCI Verband der chemischen Industrie	183.000 €	98.000 €	12.000 €	55.000 €	18.000 €	
7 BMW AG**			143.371 €			
8 Dr. August Oetiker KG/Dr. Arentz Oetiker	143.000 €	143.000 €				
9 Allianz	120.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	
10 Raif Polmeier	100.690 €			100.690 €		
11 Verband der Bayerischen Chemischen Industrie	75.500 €		75.500 €			
12 Metall NRW**	75.000 €	55.000 €		20.000 €		
13 Dr. Theiss Naturwaren	68.900 €	49.000 €		19.900 €		
14 Münchener Rückversicherung	60.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	
14 CPO Hanser Service GmbH				60.000 €		

\* Nur diese Spender wurden bereits 2014 publiziert, da sie Einzelspender vor mindestens 50.000 Euro überreichten.  
\*\* Die BMW Gruppe wurde am 23.2.2014 vom Deutschen Bundestag verurteilt, aber nicht von CDU/Fraktion/Abgeordnete ausgewiesen.  
Bezeichnung LobbyControl

Kräfteverhältnis nach links verschieben. Wir brauchen ..., wir müssen ... **Aber wie?** Auch hier ist von einer Profilschärfung die Rede, DIE LINKE müsse mehr als Systemopposition wahrgenommen werden, als „Partei der Prekarisierten und Lohnabhängigen, als Antiprivatisierungspartei und als kompromisslose Antikriegspartei“. Aber darauf ist doch unsere tägliche Arbeit ausgerichtet, ließe sich hier einwenden. Vielleicht nicht immer in einer Sprache, die einen marxistischen Bildungshintergrund verrät. Aber im Kern geht es doch um Klassenkampf. Insofern steht DIE LINKE auch nicht vor einer „grundsätzlichen Richtungsentscheidung“, wie der Liebknecht-Kreis verlauten ließ. Es sei denn, man strebt die Revolution an, aber das Fehlen einer „revolutionären Situation“ ist auch im Liebknecht-Kreis weitgehend Konsens. Fazit: **Es gibt in der Programmatik eine breitere Übereinstimmung unter allen Aktiven unserer Partei, als wir uns manchmal selber weismachen wollen.** Leider redet man zu wenig miteinander oder aneinander vorbei.

Die häufig beschworene Fähigkeit zur „Massenmobilisierung“ wird DIE LINKE nie wieder gewinnen. Es geht nur mit einer Vielzahl gesellschaftlicher Partner (siehe TTIP) voran. Gesellschaftliche Stimmungen ändern sich meist nur in langwierigen Prozessen. Aber es ist möglich, dies zeigen die Massendemonstrationen gegen TTIP. Auch unsere Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben ist nicht umsonst auf einige Jahre angelegt. Jüngst war in der OZ bei der Ankündigung des 1. Mai zu lesen, wie stolz der SPD-Kreisvorsitzende darauf ist, dass die SPD den Mindestlohn durchgesetzt hat. Den langen

Zurück zum Strategiepapier von Katja und Bernd. Ihre Tonlage ist spürbar radikaler geworden, nimmt deutlich Bezug auf das Erfurter Programm. Viele Parteimitglieder begrüßen das ausdrücklich. Auch die Aktiven des Liebknecht-Kreises, der in der sächsischen LINKEN aktiv ist, aber in die gesamte Partei ausstrahlt. Das habe ich in Diskussionen mit Mitgliedern unseres Kreisverbandes gemerkt. Der Liebknecht-Kreis versteht sich als „Kristallisationspunkt der Sozialisten in der Partei DIE LINKE“, und will sich gegen „den **Anpassungskurs** der zur Zeit vorherrschenden Kräfte in der Partei“ stemmen.

Lassen wir mal sein unverantwortliches Gerede von einer „Existenzkrise“ unserer Partei außer Acht, kann man die Positionen des Kreises auf Folgendes reduzieren: Wir brauchen eine „**Massenmobilisierung**“, wir müssen das gesellschaftliche

Kampf für den Mindestlohn, für seine gesellschaftliche Akzeptanz, hat aber DIE LINKE bestritten und gewonnen. Daraus können wir das Selbstbewusstsein schöpfen, auch auf anderen Gebieten Veränderungen einzuleiten. Dafür braucht es aber Geduld und Realitätssinn.

Im Liebknecht-Kreis wird vor einem **Bündnis mit dem neoliberalen Parteienblock** gewarnt. Mit Blick auf die Bundesebene wirkt diese Warnung wie aus der Zeit gefallen. Es fehlen inhaltliche Schnittmengen und die gesellschaftliche Akzeptanz für ein solches Bündnis. (Übrigens auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo sich die Menschen kaum was anderes als die Große Koalition vorstellen können.) Wichtig ist trotzdem, dass unser radikales unverwechselbares inhaltliches Profil kein Selbstzweck wird (revolutionäre Pose), dass wir uns nicht sektiererisch der Diskussion mit

# Rote Karte gegen Sexismus - Sexuelle Gewalt und sexuelle Übergriffe sind keine Importwaren

*Sexismus und Gewalt gegen Frauen sind keine Importwaren, sondern allgegenwärtig in Deutschland. Ausnahmslos verurteilen wir Gewalt gegen Frauen sowie die Instrumentalisierung von Frauenrechten für rassistische Hetze.*

## Antisexismus von Rechts?

Sexismus und sexuelle Gewalt gegen Frauen werden wieder stärker öffentlich thematisiert. Ausgangspunkt für diese Debatte ist vor allem die vergangene Silvesternacht in Köln. Es waren so bezeichnete „übergriffige Fremde“ nötig, um dieses wichtige Thema in einer breiten Öffentlichkeit anzustoßen. Doch das neue Interesse ist vor allem deshalb heuchlerisch, da Viele es höchst einseitig und verzerrt betrachten. Sexuelle Übergriffe und Sexismus jeglicher Art werden oft ausschließlich Migranten und geflüchteten Männern angelastet. Hier werden rassistische Ressentiments und Stereotypen neu forciert: die verführenden, jüdischen Männer, die wilden und hyperpotenten Afrikaner oder eben die frauenverachtenden Muslime.

Dabei sind die Täter von sexuellen Übergriffen häufig Familienangehörige, Nachbarn, Kollegen oder Freunde. Mehr als drei Viertel aller Täter kommen aus dem direkten sozialen Umfeld der betroffenen Frau bzw. des betroffenen Mädchens. Wer behauptet, die deutsche Gesellschaft sei vollständig aufgeklärt und emanzipiert, verschleißt die Augen vor der Realität. Die Mythen vom „übergriffigen und gewalttätigen fremden Mann“ greifen auf Bilder und Geschichten zurück, die seit Jahrhunderten innerhalb von Familien, Dorfgemeinschaften und anderen sozialen Einheiten erzählt werden. Sie sind kulturell verankert, beispielsweise in Märchen, Liedern, Gemälden oder auch Filmen. Diese Stereotypen, die sowohl rassistisch als

auch sexistisch sind, haben bestimmte Funktionen: Zum einen wird das Bild eines Gewalttäters gezeichnet, welcher als der „Andere“ / der „Fremde“ dargestellt wird. So wird eine Auseinandersetzung mit der Gewalt, die im sozialen Umfeld, in der eigenen Familie oder in der eigenen Peer-Group stattfindet, umgangen oder verschwiegen. Der bekannte oder gar verwandte Täter wird geschont und damit der Konflikt vermieden. Die Auseinandersetzung mit



sexuellen Übergriffen, individuellem oder auch strukturellem Sexismus und in der eigenen Gesellschaft wird ausgeblendet. Diese Ablenkung ist rassistisch, weil sie übergriffiges Verhalten von der Herkunft des Menschen ableitet. Im Gegenzug wird die eigene Gesellschaft als die aufgeklärte, zivilisierte und moderne Welt dargestellt. Zunehmend benutzen Rassist\*innen das Thema sexueller Gewalt, um damit ihre Hetze zu verbreiten. Dabei interessiert sie das Thema Sexismus gar nicht. Übergriffe werden dort, wo sie in die rassistische Deutung passen, verbreitet und aufgebauscht. Wo das nicht der Fall ist, eben nicht. Rechte Bürgerwehren, rechtspopulistische Parteien und Bewegungen, wie die AfD und Pegida und nicht zuletzt Neonazis, erklären sich zunehmend als Beschützer

„unserer“ Frauen - und machen sie damit zu einem Objekt der eigenen vermeintlichen Männlichkeit und missbrauchen ihre Schicksale aus rein taktischen sowie politischen Gründen.

## Was tun? Was tun!

Aus emanzipatorischer Sicht handelt es sich hierbei um eine rückwärtsgewandte Kritik. Die Rechte von Frauen und Homosexuellen werden gerne betont - und damit die Selbstvergewisserung, in jener modernen Gesellschaft zu leben. Gleichzeitig werden Forderungen nach zusätzlicher Gleichstellung, wie die gleichgeschlechtliche Ehe oder der Equal Pay Day, aggressiv zurückgewiesen. Was anstößt, ist der Sexismus der anderen, der „Fremden“. Was in Deutschland passiert, habe angeblich nichts mit Sexismus zu tun. Wir fordern eine konsequente Bekämpfung des Rechtspopulismus. Der Kampf um Gleichberechtigung und Gleichstellung sexueller und geschlechtlicher Identitäten und Orientierungen ist Teil einer grundsätzlichen Gesellschaftskritik. Wir ringen um die Gleichstellung sexueller und geschlechtlicher Lebensweisen mit dem Ziel der Aufhebung einer diskriminierenden und heteronormativen Gesellschaft.

Nico Burmeister

Quellenverzeichnis:  
<http://afawerne.blogspot.de/2016/03/08/wider-den-antifeministischen-rollback/>  
[https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/gender\\_und\\_rechtsextratismus.pdf](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/gender_und_rechtsextratismus.pdf)  
[https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere\\_rechtfrauen.pdf](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere_rechtfrauen.pdf)  
<http://www.lisa-frauen.de/>  
<http://www.frauenkampftag2015.de/>

anderen gesellschaftlichen Gruppen verschließen, dass wir in den Debatten auch **eigene Positionen hinterfragen**. Könnten wir nicht die inhaltliche Schwäche der SPD ausnutzen und den Linksdenkenden in der SPD inhaltliche Angebote machen? Darüber lohnt es sich doch zu diskutieren, um die gesellschaftliche Basis der LINKEN zu verbreitern. Akzeptanz und neue Anhänger in der Gesellschaft zu gewinnen, ist unsere große Aufgabe, wenn wir nicht als ewige und schrumpfende Oppositionspartei versauern wollen.

Das setzt aber voraus, dass wir die Dis-

kussionskultur innerhalb der LINKEN verbessern. Das Gemeinsame mehr hervorheben, in den zuständigen Gremien hart in der Sache, aber nicht denunziatorisch streiten. Es hat niemand vor, unsere Partei

Unterschiede in der Lebenserwartung:  
**Arme sterben früher als Reiche**  
Die Lebenserwartung liegt in struktur- und einkommenschwachen Regionen erkennbar niedriger als in wohlhabenden Gegenden.  
Wir stehen für die konsequente Bekämpfung von Armut und prekären Lebensverhältnissen. **DIE LINKE.**

an die SPD zu verkaufen. Wer auf diesem Niveau argumentiert (leider nicht wenige), entzieht sich bequem einer ernsthaften Debatte.

Eine stringente Oppositionshaltung und die Absage an Koalitionen sind übrigens kein Garant für Wahlerfolge. Denn Bodo Ramelow war in Thüringen ganz anders erfolgreich - und ist es nachwievor, wie Umfragen bezeugen.

Carsten Penzlin

\* Die Kernpunkte des Kipping/Rixinger-Papiers findet Ihr im nächsten KLARTEXT.

# Leserbrief: Linke Regierungsbeteiligung ...

*Bemerkungen zu Carsten Penzlin's Artikel im Klartext März 2016*

Den Artikel finde ich bemerkenswert und diskussionswürdig. Ich möchte mich besonders dem letzten Teil zuwenden, denn ich bin im Juni dieses Jahres 70 Jahre Mitglied in dieser Partei und habe in vielen Funktionen für die Partei gewirkt. Carsten schreibt: „Überschattet wurden die roten Regierungsjahre von der Frage: 'Wie hältst Du es mit der DDR?'“ Ich will eine Antwort versuchen, denn bald werden uns wieder zwei „Gedenktage“ vor die Nase gehalten werden. Viele jüngere Genossen wissen wenig über die Entstehung der DDR und der BRD. Viele Genossen, die als „Aktivisten der ersten Stunde“ gelten, leben nicht mehr. Und bei heutigen Geschichtsdarstellungen wird über die DDR häufig so geschrieben, als existierte sie in einem politischen und historischen Vakuum.

Ich erinnere mich an die Nacht vom 2. zum 3. Mai 1945. Ich, der 1932 mit 7 Jahren der Kindergruppe „Nestfalken“ der Roten Falken angehört hatte, diskutierte mit einem ehemaligen KJVD-Mitglied, der schon eine Militärstrafe wegen „kommunistischer Propaganda“ weg hatte, in einer Scheunenecke bei Linz/Donau über die Frage, was zu tun sei, „wenn nächste Woche der Krieg zu Ende geht“. Als dann „nächste Woche der Krieg zu Ende“ war, war vieles anders als wir es erwartet hatten. Wir konnten nicht in unsere schlesische Heimat zurück und mussten sehen, wo wir bleiben. Ich blieb bei Verwandten im Ruhrgebiet.

1946 trat ich dort der KPD bei, und 1947 arbeitete ich als Angestellter der Kreisleitung in Dannenberg und war zugleich für die Jugendarbeit zuständig. Ich erlebte hautnah mit, wie auf die Spaltung Deutschlands zugesteuert wurde: Erst Bizone, dann Trizone, dann Währungsreform 1948. Aber da war ich schon in Halle im Neulehrerkurs. Mein Onkel hatte mir den Tipp gegeben, mich mal in Halle zu erkundigen, als wir uns im Herbst 1947 auf einer Konferenz in Hannover getroffen hatten. 1948 beauftragten die Amerikaner die westdeutschen Ministerpräsidenten mit der Ausarbeitung einer Verfassung für einen Weststaat. Diese wollten zuerst nicht, weil das die Spaltung Deutschlands bedeutete, gaben aber dann dem Druck nach, weil sie die in Aussicht gestellten ökonomischen Vorteile sahen. Aber sie einigten sich mit den westlichen Besatzungsmächten darauf, dass es keine „Verfassung“, sondern nur ein „Grundgesetz“ als Provisorium bis zur Wiedervereinigung geben würde.

Gegen diese offensichtliche Spaltungspolitik initiierte die SED mit den anderen demokratischen Parteien der sowjetischen Besatzungszone einen „Volkskongress für

Einheit und gerechten Frieden“, der die Menschen mobilisierte, einen Verfassungsentwurf zur Diskussion stellte und auch eine Volksbefragung durchführte. Diese Volkskongressbewegung breitete sich in ganz Deutschland aus, und in dem Volksrat, dem obersten Organ, saßen viele westdeutsche Vertreter. Am 23. Mai 1949 wurde im Westen das Grundgesetz in Kraft gesetzt und auf seiner Basis der Bundestag und die Regierung gewählt. Daraufhin blieb den Parteien in der Ostzone nichts anderes übrig, als sich ebenfalls zu konstituieren – zur Provisorischen Volkskammer und der Provisorischen Regierung mit dem ehemaligen Sozialdemokraten Otto Grotewohl an der Spitze, und der ehemalige Kommunist Wilhelm Pieck wurde Präsident. Die westdeutschen Vertreter mussten jetzt aus dem Volksrat, der zur provisorischen DDR-Volkskammer wurde, ausscheiden. Übrigens war der Volksrat schon demokratisch gewählt worden, er hatte also eine durchaus demokratische Legitimation. 1952 ergriff die Sowjetunion noch einmal die Initiative und schlug in einer Note an die Bonner Regierung und die Westmächte „Gesamtdeutsche Wahlen“ vor, die vom BRD-Bundeskanzler Adenauer abgelehnt wurden. Stattdessen sprach er von der „Befreiung der Soffjetzone“ und sogar von der „Neuordnung Europas bis zum Ural“.

Mit dem „Wirtschaftswunder“ verdeckte man übrigens undemokratische Taten. So wurden bis 1956 verboten: der DFD, die FDJ, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der Kulturbund, die KPD, alle einmal mit Billigung der vier Besatzungsmächte im Alliierten Kontrollrat gesamtdeutsch ins Leben gerufen. Wo war da der „Rechtsstaat“? 1955 wurde die Bundeswehr geschaffen, und 1956 zog die DDR mit der NVA nach. 1958/59 diskutierte der Bundestag sogar über Atomwaffen. Das hatte eine starke Gegenbewegung zur Folge: „Ohne uns!“ und „Kampf dem Atomtod!“

Um das gespannte Verhältnis zwischen BRD und DDR zu entspannen, machte die DDR Anfang Juli 1961 der BRD noch einmal Vorschläge in Form eines „Friedensplanes“, die Bonn aber ablehnte. Wann hatte doch Walter Ulbricht den oft zitierten Ausspruch getan „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen“? Der Vorschlag der DDR sah u. a. einen Friedensvertrag für beide deutsche Staaten vor und eine Konföderation als ersten Schritt einer Wiedervereinigung. Anderes Zitat: „Adenauers Erwartungen, gestützt auf die Stärke des westlichen Bündnisses der Sowjetunion auch die Wiedervereinigung abringen zu können, erfüllten sich nicht. Als Folge des Kalten Krieges und der Politik

der Westintegration vertieft sich die Spaltung Deutschlands. Sie wird vollendet und findet ihren sichtbarsten Ausdruck am 13. August 1961 im Bau der Berliner Mauer.“ Das steht in „Fragen an die deutsche Geschichte“, S. 375 und 376, 16. Aufl. 1990 Sonderausg., Herausgeber Deutscher Bundestag 1971. An diese Schrift habe ich mich auch angelehnt bei der Darstellung der Schritte zur Entstehung der BRD.

In die hier geschilderte Zeitspanne fällt der 17. Juni 1953, der heute als „Volksaufstand“ bezeichnet wird. Berichtet das Fernsehen heute im Rückblick, wird immer das brennende Columbushaus mit Plünderern am Potsdamer Platz in Berlin gezeigt. Die Plünderungen und Brandstiftungen in Leipzig, wo ich damals wohnte, weckten in mir Erinnerungen an den 9. November 1938 in meiner Heimatstadt Waldenburg. Da war ich 13 Jahre alt. Damals ging es gegen die Juden, 1953 gegen die Kommunisten. Was war in den 15 Jahren von 1938 bis 1953 geschehen? Krieg bis zum bitteren Ende, dann Spaltung Deutschlands und Einbeziehung der BRD in den Kalten Krieg. Die Truman-Doktrin hatte die „Eindämmung des Kommunismus“ zur Aufgabe gemacht, und Adenauer und einige Getreue machten Politik auf dieser Linie. Es gab genügend Nazis in Regierungämtern der BRD zu dieser Zeit, die es nicht hinnehmen wollten, dass im anderen Teil Deutschlands eine andere Gesellschaft entstehen sollte. Natürlich ist der 17. Juni nicht vom Himmel gefallen. Es gab eine Reihe von administrativen Maßnahmen, die sich negativ in unterschiedlicher Weise auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Bevölkerungsschichten auswirkten und für Unzufriedenheit sorgten. Westberlin hatte sich zu einem Geheimdienstzentrum entwickelt, und der Sender RIAS mischte auch kräftig mit. Egon Bahr beschrieb, wie Mitglieder eines Streikkomitees in den Sender kamen und baten, Forderungen der Streikenden zu senden. Sie konnten die Bitte nicht gleich erfüllen. „Wir hatten sie etwas beruhigt, indem wir mit ihnen zusammen ihre Forderungen formulierten...und zusagten“, sie später zu senden. (Egon Bahr „Zu meiner Zeit“, zitiert bei Hans Bentzien, „Was geschah am 17. Juni?“) Übrigens – 1992, als ich von meinem Fenster aus das „Sonnenblumenhaus“ in Lichtenhagen brennen sah, waren diese Erinnerungen wieder da. Und heute brennen Flüchtlingsunterkünfte...

In den sechziger und siebziger Jahren entspannte sich die Weltlage. Die Konferenz von Helsinki 1975 ist Ausdruck dieser Entwicklung.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

Die Bundesrepublik tat sich anfangs schwer damit. Doch auch die DDR hatte da so ihre Schwierigkeiten. So gab es Ende der Siebziger die Diskussion über „Abgrenzung von der BRD“. Sie sollte darauf hinauslaufen, dass die Genossen und möglichst viele DDR-Bürger ihre Verbindungen zu BRD-Bürgern abbrechen. Dahinter verbarg sich die Sorge der Parteiführung, dass der „Klassenfeind“ die Entspannung

zur Unterwanderung der DDR-Gesellschaft benutzt. Nach meinen Beobachtungen hat diese Diskussion der Verbindung von Staats- und Parteiführung und Bevölkerung geschadet und trug neben aufkommenden wirtschaftlichen Problemen schließlich dazu bei, dass „der Westen“ doch Einfluss auf die Bürger gewann. Aber das ist eine Annahme von mir. Ich denke, es ist an der Zeit, dass einige Wissenschaftler unter den Genossen endlich einmal die gesamtdeutsche Entwicklung seit dem 8. Mai

1945 analysieren. Untersuchungen von Teilaspekten, wie sie in Büchern und Artikeln im „nd“ angeboten werden, sind gut, aber reichen nicht. Es muss eine Analyse her, die zeigt, welche Schritte uns vorangebracht haben und welche Schritte von falschen Voraussetzungen ausgingen, und wo Einflüsse von außen – auch vom „großen Bruder“ – das Handeln beeinflussten.

Edgar Janotta

## Leserbrief: Die NVA und ihre Traditionen

### Die NVA und ihre Traditionen

Dieser Tage wurde an die Gründung der NVA am 1. März 1956 gedacht. Unsere NVA hat einen besonderen, einmaligen Platz in der deutschen Militärgeschichte. Sie ist in die Geschichte als echte Volksarmee eingegangen. Etwa zwei Millionen junge Menschen absolvierten zunächst freiwillig, später als Wehrpflichtige ihren Dienst. Sie hat sich während ihrer Existenz an keinerlei kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt und ihre Soldaten nicht zur Unterdrückung anderer Völker eingesetzt. An der Spitze der NVA standen im

antifaschistischen Kampf erprobte Persönlichkeiten. Dagegen rekrutierte sich die Führung der 1955 gegründeten Bundeswehr überwiegend aus dem Generalstab der faschistischen Wehrmacht. Die Einmaligkeit der NVA besteht darin, dass sie sich ausschließlich zu ihren humanistischen, progressiven und revolutionären Traditionen des deutschen Volkes bekannt hat. Viele Kasernen, Truppenteile, Hochschulen usw. der NVA und der Grenztruppen der DDR trugen die Namen anerkannter Revolutionäre und Persönlichkeiten deutscher Geschichte. Ihr Andenken ist unvergessen, Traditionsnamen der NVA, die in der „Armee der Einheit“ null

Chancen hatten. Der „Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR“ hat sich u.a. als Aufgabe gestellt, dass dies nie vergessen wird. Am 27.2. trafen sich ca. 550 Mitglieder und Sympathisanten des Verbandes in Demen zu einer festlichen Veranstaltung, um daran zu erinnern. Die NVA war die erste und auch die letzte deutsche Armee, die keinen Krieg geführt hat, und da soll man nicht stolz sein, in dieser Armee gedient zu haben? Dem braucht man nichts hinzuzufügen.

Hans Burmeister

## Haltung und klare Position gegenüber der AfD bewahren

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz (FVK) der Linke-Fraktionen im Bund und in den Ländern hat am 9. April in Schwerin eine Erklärung verabschiedet:

In den vergangenen Monaten war das Flüchtlingsthema das alles überlagernde Thema in der Öffentlichkeit. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt konnten vor allem die Rechtspopulisten mit ihren fremdenfeindlichen Parolen und vermeintlich einfachen Lösungen punkten. Die Linke hat bei allen drei Landtagswahlen ihre Ziele nicht erreicht.

Für Die Linke kommt es darauf an, Haltung und klare Position zu bewahren. Dies gilt insbesondere gegenüber der AfD, einer Partei, die für Ausgrenzung steht. Sie ist eine unsoziale Alternative. Die Linke steht für eine solidarische Gesellschaft, für sozi-

ale Gerechtigkeit. Wir werden die parlamentarische Auseinandersetzung mit der AfD verstärken. Im Vordergrund unserer Arbeit werden aber unsere Vorschläge für tatsächliche Alternativen zu einer sich solidarisierenden Gesellschaft stehen.

Unsere Stärke bleibt, nahe bei den Menschen zu sein. Wir werden nicht zulassen, dass die Benachteiligten in unserer Gesellschaft gegeneinander ausgespielt werden. Insbesondere Flüchtlinge, Arbeitslose, Alleinerziehende, Geringverdienerinnen und Geringverdiener sowie Kranke und Rentnerinnen und Rentner benötigen gleichermaßen unsere Unterstützung.

Kern unserer Kritik bleibt die immer weiter auseinandergehende Schere

»Fast jeder zweiten Bürgerin und fast jedem zweiten Bürger, die ab dem Jahr 2030 in den Ruhestand gehen, droht eine gesetzliche Rente unterhalb der Armutsgrenze, weil gesetzlich durch SPD und Grüne die Senkung des Rentenniveaus für viele Jahre festgelegt wurde. Millionen Menschen müssen mit Renten auf Hartz IV-Niveau rechnen. Von der Riesterreute und anderen privaten Altersvorsorgen profitieren überwiegend die Versicherungskonzerne. Wenn wir Altersarmut verhindern wollen, muss für die nächste Generation umgehend die Beitragspflicht und Rente für alle mit Erwerbseinkommen – und zwar von ihrem gesamten Einkommen – her. Dies fordert meine Partei schon seit Jahren. Und das wird jetzt durch eine Studie der Ruhr-Universität Bochum bestätigt. Künftig müssten also auch Selbständige, Beamtinnen und Beamte und Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Die SPD muss sich endlich entscheiden, ob sie ihre eigene Hinterlassenschaft unter Gerhard Schröder weiterhin lediglich mit kosmetischen Eingriffen unter der Fuchtel der Union vor sich herträgt oder eben diesen gravierenden Fehler grundsätzlich korrigiert.« Gregor Gysi



zwischen Arm und Reich. Die zunehmende soziale Spaltung ist maßgeblich Ursache für die großen gesellschaftlichen Probleme und Verwerfungen. Wir brauchen mehr Investitionen etwa in die Bildung, die Infrastruktur, den sozialen Arbeitsmarkt und das Gesundheitswesen.

Unsere Sozialsysteme müssen endlich wieder ausreichend finanziert werden. (...) Die Linke wird noch stärker darauf hinwirken, dass sich über diese zentrale Frage eine breite gesellschaftliche Debatte entwickelt. Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit ist am Ende auch eine Frage der Demokratie.

**Hass ist krass. Liebe ist krasser.**



# Aus Liebe zu Rostock - Leitantrag des Rostocker Kreisparteitages zum Landtagswahlkampf

Auf dem Landesparteitag vom 9.1.2016 hat sich unser Landesverband Eckpunkte für den Wahlkampf zur Landtagswahl am 4.9.2016 gegeben. Ergänzend zu diesen Eckpunkten wollen wir mit dem vorliegenden Leitantrag Themen ansprechen, die für Rostock von besonderer Bedeutung sind. Wir zeigen damit, dass auch auf Landesebene darüber entschieden wird, wie wir in Rostock leben.

Wir zeigen damit, dass es sich lohnt, die Große Koalition in Schwerin abzulösen. Für ein soziales, kulturell und wirtschaftlich starkes Rostock!

## Bezahlbares Wohnen und zukunftsfähige Quartiere fördern

Die Gruppe derjenigen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, wächst. Studierende, Auszubildende, ALG-II-Empfänger\*innen, prekär Beschäftigte oder Rentner\*innen, die Grundsicherung im Alter beziehen müssen – sie brauchen bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum, der ihren Bedürfnissen gerecht wird. Um den Bedarf an Wohnraum zu decken, müssen in Rostock bis zum Jahr 2020 ca. 7000 Wohnungen gebaut werden. Der Bund stellt viel zu wenig Geld für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Aber das verfügbare Geld muss von der Landesregierung endlich zu 100 % an die Kommunen weitergereicht werden. Rostock muss aufgrund des großen Bedarfs den größten Anteil erhalten. Es muss preiswerter Wohnraum in **allen** Stadtteilen entstehen, wo dann Klein- und Großverdiener\*innen weiterhin gemeinsam wohnen können. Dabei ist zu beachten, dass Stadtteile nicht als Schlagsiedlungen, sondern als Lebensräume begriffen werden. Die zunehmende Ansiedlung von Unternehmen und Freizeitmöglichkeiten am Stadtrand – auf der so genannten grünen Wiese – schwächt innerstädtische Strukturen. Die Landesregierung sollte in diesem Zusammenhang beantragte Zielabweichungsverfahren restriktiver handhaben. Eine Mietpreisbremse ist in Rostock unerlässlich.

Wenn aufgrund begrenzter Fördermittel der soziale Wohnungsbau die Bedarfe bei weitem nicht decken kann, muss die Landesregierung Rostock zumindest den finanziellen Freiraum lassen, dass erstens die Erträge kommunaler Wohnungsunternehmen nicht länger zum Stopfen von Haushaltslöchern missbraucht werden, und stattdessen diese Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für die Schaffung preiswerten Wohnraums gerecht werden können. Zweitens könn-

ten z.B. durch den günstigen Verkauf von Grundstücken über Konzeptvergaben Mietpreise positiv beeinflusst werden. Gleichzeitig können auf diese Weise innovative Wohnprojekte ermöglicht werden. Gemeinschaftliche Eigentums- und Organisationsformen, die ein Zusammenleben sowie Teilhabe ermöglichen, wären für Rostock ein echter Gewinn. Wohnen, Arbeiten, Kinderbetreuung, Gemeinschaftsräume, Ältere, Jüngere, noch Fremde und schon Bekannte – alles unter einem Dach. Jeder investierte Euro in städtebaulich gute und solidarische Quartiere bringt mehr als ein geparkter Euro aus den Kommunalkassen auf dem Landeskonto für schlechte Zeiten.

## Kinderarmut bekämpfen!

Im Jahre 2012 waren ca. 6400 Rostocker Kinder von Armut betroffen. Kinderarmut ist ein komplexes Problem, dem mit einer Vielzahl an Maßnahmen begegnet werden muss. Auch wenn die Bekämpfung von Armut nur durch grundsätzliche politische Entscheidungen auf Bundesebene erfolgreich sein kann, kann die Landesregierung unterstützende Maßnahmen auf den Weg bringen.

Das Land muss Verantwortung für die Ausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes übernehmen und für die Wahrnehmung dieser Aufgaben eine sachgerechte Ausstattung der Kommunen



sicherstellen. Die Unterstützung durch Familienhebammen ist flächendeckend auszubauen. Erziehungsberatungsstellen sind flächendeckend auszubauen und damit die Basis für unterstützende Beratung ab dem zweiten Lebensjahr von Kindern zu schaffen. Schulsozialarbeit ist schrittweise auszubauen, sodass jeder allgemein bildenden und beruflichen Schule dauerhaft mindestens eine Stelle Schulsozialarbeit zur Verfügung steht. Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VII ist durch das Land als Pflichtaufgabe anzuerkennen und entspre-

chend zu finanzieren.

Für die Nutzung von staatlichen, privaten und gemeinnützigen Freizeitangeboten (Zoo, Schwimmhalle, Theater, etc.) ist ein „Familienpass M-V“ zu vereinbaren, der für bedürftige Familien einen kostenlosen oder ermäßigten Zugang ermöglicht. Familienferien sind diskriminierungsfrei durch das Land zu unterstützen und in Familienhilfen einzubetten.

Wir wollen im Landtag aktiv dafür eintreten, die ungerechte Behandlung der Rostocker Schüler\*innen zu beenden. Im Land werden wir uns für finanzielle Unterstützung einsetzen, um auch in Rostock einen kostenfreien Schüler\*innenverkehr zu ermöglichen. Perspektivisch soll der Öffentliche Personennahverkehr für Schüler\*innen kostenfrei sein.

## Für eine starke und weltoffene Rostocker Universität

### Unterfinanzierung stoppen – Gerechte Löhne zahlen

Bildungsgerechtigkeit ist der Schlüssel zu sozialem Fortschritt. Doch seit Jahren leiden die Hochschulen an den Folgen einer chronischen Unterfinanzierung. Der neoliberale Umbau hat sie zu Orten prekärer Beschäftigung verkommen lassen, die Qualität von Forschung und Lehre ist akut gefährdet. Befristungen und Kettenverträge sind längst Normalität, manch Lehrbeauftragter hangelt sich von Stelle zu Stelle, nicht selten an der Mindestlohn-Grenze entlang. Besonders schlimm sind die Zustände an der HMT. Einen solchen Umgang mit ihren klügsten Köpfen kann sich eine Gesellschaft nicht leisten.

Auch die Freiheit der Wissenschaft ist bedroht. Die Akquise von Drittmitteln rückt auch in Rostock immer mehr in den Fokus. Um dem einen Riegel vorzuschieben, müssen wir die Hochschulen endlich auskömmlich finanzieren und für unbefristete Beschäftigung und gute Löhne streiten. Studien- und Verwaltungsgebühren lehnen wir strikt ab. Die Verankerung einer wirkungsvollen Zivilklausel im Landeshochschulgesetz ist dringender denn je.

### Geisteswissenschaften stärken

Fast die Hälfte aller Studierenden in Rostock sind für ein Lehramt eingeschrieben. Diese Wichtigkeit des Lehramtsstudiums muss sich auch institutionell ausdrücken. Es kann nicht sein, dass angehende Lehrer und andere Geisteswissenschaftler in teils gefährlich baufälligen Gebäuden ansässig sind, während drittmittelfinanzierte Fakultäten an neugebauten Einrichtungen

lehren und forschen. Ein Neubau für die philosophische Fakultät ist dringend geboten. Auch muss das Lehramtsstudium selbst praxisnäher gestaltet werden, um den Übergang in den Vorbereitungsdienst zu verbessern.

*Mehr Internationalismus – Austauschprogramme stärken, Geflüchtete integrieren*  
Hochschulen sind auch Orte der Begegnung. Gerade in der aktuellen Lage in Europa und der Welt können sie den kulturellen Austausch, Offenheit und gegenseitiges Verständnis fördern und damit einen wichtigen Beitrag für die Verständigung der Völker leisten. Daher möchten wir mehr ausländische Studierende nach Rostock locken. Hierfür müssen entsprechende Programme finanziert werden. Weiterhin muss es viel schneller möglich sein, geflüchteten Menschen den Zugang zum Studium zu ermöglichen.

### **Kulturrabbau stoppen – Ein starkes Volkstheater für Rostock**

Die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern verlangt den Schutz und die Förderung von Kultur. Dieses Verfassungsgebot muss endlich ernst genommen werden. Theater sind ein elementarer Teil der kulturellen Landschaft und müssen dies bleiben. Die seit 1994 unveränderten Landeszuschüsse müssen deutlich erhöht werden, damit durch attraktive Spielpläne und eine intensive Jugendarbeit wieder mehr Menschen für einen Theaterbesuch begeistert werden. Debatten über Strukturen und künstlerische Angebote müssen in den betroffenen Kommunen endlich frei von Gängelerei und Erpressung durch das Kultusministerium geführt werden. Dann haben wir die Chance, dass sich Rostock auf seine großartige Theatertradition besinnt. Eine unabdingbare Voraussetzung hierfür ist ein Theaterneubau, der schnellstmöglich umgesetzt werden muss. Das Land sollte sich zur Hälfte an der Finanzierung beteiligen.

Das Volkstheater darf gegenüber anderen Theatern im Land nicht benachteiligt werden. Es benötigt endlich Planungssicherheit über lange Zeiträume. Dies sind wir auch den zahlreichen Beschäftigten am Theater schuldig, die unter den Strukturdebatten unendlich zu leiden hatten.

### **Kinderbetreuung qualifizieren und ausfinanzieren**

Der Landesanteil an der Finanzierung unserer Kitas muss deutlich erhöht werden, damit Eltern und Stadtkasse nicht länger mehr als 70 Prozent der Kosten selbst tragen müssen. Preisanstiege müssen künftig durch eine angemessene Beteiligung des Landes ausgeglichen werden. Perspektivisch sollten Kita-Besuch und Verpflegung kostenfrei sein.

Wir wollen das Kinderförderungsgesetz (Kifög) neu gestalten, damit auch in den so genannten Randzeiten eine kindgerechte Betreuung der Kleinsten möglich ist.

Wir brauchen eine bessere Verzahnung von Schule und Hort, damit eine engere Zusammenarbeit im Sinne der Kinder gefördert wird. Der Betreuungsschlüssel im Hort muss spürbar abgesenkt werden, damit Horteinrichtungen nicht nur Aufenthaltsorte für Kinder, sondern pädagogische Einrichtungen sind. Formen der integrativen Hortbetreuung sollten eingeführt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Kinder mit besonderem Förderbedarf in der Kita noch gefördert wurden, jedoch im Hort eine solche Förderung nicht mehr vorgesehen ist. Das Land muss zudem Anstrengungen unternehmen, um Kitapersonal zu schulen, damit Integration auch in der Kita gelingen kann (Sprachliche und interkulturelle Kompetenz).

### **In Würde alt werden, ambulante Hilfen fördern!**

Die Landesregierung muss die Kommunen dabei unterstützen, älteren Menschen ein selbstbestimmtes, würdevolles Leben zu ermöglichen. Gerade im frühen Stadium einer schweren Erkrankung wollen Betroffene noch nicht stationär, zum Beispiel in einem Pflegeheim, untergebracht werden. In Rostock fördert man deshalb die ambulante Versorgung Betroffener. Sie bekommen einen Pflegedienst, eine Hauswirtschaftshilfe und regelmäßige soziale Betreuung. Diese Unterstützung ermöglicht ein Leben in gewohnter Umgebung. Die Landesregierung sollte die z.B. in Rostock bestehenden positiven Ansätze langfristig absichern und darf die qualitative und quantitative Weiterentwicklung der Hilfen nicht länger behindern. Per Gesetz muss sichergestellt werden, dass nicht die Form der Hilfe, sondern die Anzahl der Betroffenen vergütet wird.

### **Für einen starken maritimen Wirtschaftsstandort Rostock**

Rostocks wirtschaftliche Zukunft ist untrennbar mit seinen Häfen verknüpft, deren Entwicklung stets Priorität für die Landesregierung haben muss. Die maritime Industrie mit ihren Werften, Zulieferbetrieben und Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen ist für Mecklenburg-Vorpommern eine Schlüsselindustrie. Der Bau von neuen Produkten wie Offshore-Plattformen, Kreuzfahrtschiffen oder Spezialschiffen ist für die Werften mit erheblich gestiegenen Vorfinanzierungskosten im hohen dreistelligen Millionenbereich verbunden. Das Land muss hier mit Bürgschaften und Darlehen den Werften und Zulieferern unter die Arme greifen, die mit dem Werftenförderungsgesetz beschlossenen Einschränkungen zurücknehmen

und die Zulieferer wieder einbeziehen. Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik müssen ein maritimes Zukunftskonzept erarbeiten; die Landesregierung muss sodann den Strukturwandel mit Weitsicht unterstützen. Zu prüfen wäre, ob im Land ein Zentrum für maritime Innovationen und Technologien aufgebaut werden kann, denn nur durch Innovationen und neue Technologien wird der maritime Standort Mecklenburg-Vorpommern konkurrenzfähig sein.

Die völlig verfehlte Sanktionspolitik gegenüber Russland setzt auch der maritimen Industrie zu. Die Landesregierung sollte sich mit Nachdruck dafür einsetzen, die Sanktionen zurückzunehmen.

### **Für faire Arbeitsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe**

Der Kampf gegen unsichere Arbeits- und Lebensbedingungen in der Wirtschaft und im Öffentlichen Dienst bleibt für uns eine dauerhafte Aufgabe. Unser besonderes Augenmerk liegt auf dem Hotel- und Gaststättengewerbe. Dieses ist ein wichtiger Pfeiler der Rostocker Wirtschaft. Das muss sich für die Beschäftigten endlich auch in der Bezahlung und den Arbeitsbedingungen niederschlagen. Unbezahlte Überstunden, die Verweigerung von Urlaubsansprüchen und Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall sind in den vielen Betrieben Normalität geworden. Die Landesregierung muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Verstöße gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen in den Betrieben konsequenter geahndet werden. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Arbeitsbedingungen der Auszubildenden. Die hohe Zahl der Ausbildungsabbrüche spricht doch Bände. Öffentliche Aufträge (Catering, Konferenzen, etc.) sollten nur an Unternehmen vergeben werden, die mindestens nach Tarif entlohnen und eine angemessene Zahl von Auszubildenden beschäftigen.

Unsere Forderungen besitzen selbstverständlich auch für alle anderen Branchen Gültigkeit.

### **Demokratie leben, Bürgerbeteiligung ausbauen!**

Viele Rostocker\*innen sind der Ansicht, dass sie keinen Einfluss auf die Entwicklung ihrer Stadt haben. Gerade bei groß angelegten Strukturprojekten (Mittelmole, Gestaltung des Stadthafens, etc.) sollten die Bürger\*innen jedoch frühzeitig einbezogen werden. Die Landesregierung sollte einen Leitfaden für eine neue Planungskultur entwickeln, dessen Schwerpunkt auf der umfassenden Beteiligung der Menschen im Land bei Großprojekten liegt. Und zwar über den gesamten Verlauf des Projektes – von der frühen Planung bis zum Bau. Die Verfahren bezahlen die Träger der Großprojekte.

Auch in der Verwaltung wird die Bürgerbeteiligung gestärkt. In der Aus- und Weiterbildung werden die Verwaltungsmitarbeiter\*innen für die Bedürfnisse der Bürger\*innen bei der Planung und Durchführung von Projekten sensibilisiert und entsprechend geschult. DIE LINKE engagiert sich für die Einführung verbindlicher Regelungen und Mechanismen der Bürgerbeteiligung. Verschiedene Konzepte dienen als Grundlage zu etablierender Strukturen.

Gerade das Internet bietet für eine niedrigschwellige Bürgerbeteiligung große Chancen. Auf Landes- und kommunaler Ebene kann ein Online-Beteiligungsportal getestet werden. Hier können sich Bürger\*innen in einem sehr frühen Stadium zu aktuellen Projekten und Vorhaben einbringen, z.B. Gesetzentwürfe der Landesregierung

kommentieren. Es dürfen aber nicht jene Bürger\*innen benachteiligt werden, die keinen Internetzugang haben. Wichtig ist uns nicht zuletzt, inklusive Strukturen zu schaffen, damit alle Menschen nicht nur am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen, sondern es auch aktiv mitgestalten können.

### **Landstromanschluss für den Rostocker Hafen**

Der Hafenstandort Rostock ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für die Hansestadt Rostock und darüber hinaus für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Gemessen am Gesamtumschlag ist der Seehafen Rostock der viertgrößte Hafen und hinsichtlich der Schiffsanläufe die wichtigste Kreuzfahrtdestination in

Deutschland. Durch den Schiffsbetrieb kommt es jedoch zu Luftschadstoff- und Lärmemissionen in nahe gelegenen Wohngebieten im Umfeld des Hafens. Während der Liegezeiten sollten die Schiffe daher über eine landseitige Stromverbindung mit Energie versorgt werden, um die Emissionen auf ein vertretbares Maß zu beschränken.

Ein aus regionalen erneuerbaren Energien versorgter Landstromanschluss (LSA) im Hafen von Rostock kann dazu beitragen, eine zukunftsfähige und umweltorientierte Verfahrensweise der Schifffahrt zu betreiben und gleichzeitig ein maritimes Wirtschaftswachstum und eine positive sowie nachhaltige Tourismusentwicklung zu befördern.

## **Kuba 57 Jahre nach der Revolution - Teil II**

Bisher habe ich vier Kubareisen unternommen, die ersten drei Reisen jeweils für drei Wochen. 1993 waren wir zu viert als Familie mit der ersten Gruppe von Cuba Sí, die nach Kuba reiste, in Havanna, im Valle de Peru in einer Milchviehanlage, in Pinar del Rio, Mantanzas, Santa Clara, der Schweinebucht, auf einer Krokodilfarm, in Cienfuegos und Trinidad, der fünften von den Spanier auf Kuba gegründeten Stadt, in der noch viele Bauten aus dem 16. Jahrhundert erhalten sind, und eine Woche am Strand bei Santa Cruz del Norte, 60 km östlich von Havanna.

2000 besuchten wir unsere Tochter, die nach dem Studium dort bereits ein Jahr für eine Bremer Außenhandelsfirma in Havanna Miramar arbeitete, in Havanna Parraga (im Süden der Hauptstadt), wo sie damals bei ihrem kubanischen Mann, dessen Mutter und der Familie einer Schwester wohnte. Unser Sohn kam in dieser Zeit auch nach Havanna, um einen Spanisch-Sprachkurs zu besuchen. Überwiegend waren wir aber am Strand in Guanabo an den Playas del Este de La Habana, also 30 km östlich von Havanna.

2010 besuchten meine Frau (die inzwischen zweimal allein in Kuba war) und ich die inzwischen vierköpfige Familie unserer Tochter in Havanna Vedado. Mein Schwiegersohn ermöglichte es mir, mit einer deutschen Reisegruppe das Tal von Viñales (120 km westlich von Havanna) und zum zweiten Mal Cienfuegos, Trinidad, die Schweinebucht und eine Krokodilfarm zu besuchen.

Von Mitte Dezember 2015 bis Mitte Februar 2016 war ich 60 Tage allein in Kuba. Ich wollte testen, wie ich die Wärme über längere Zeit verkrafte, und ob es mir von den Lebensverhältnissen her möglich ist, so wie es meine Tochter mit ihrer Familie zwölf Jahre schaffte, in Kuba die letzten Lebensjahre zu verbringen.

Seit 2000 hatte ich ab und an etwas Spanisch gelernt und mich ab 2010 dann ernsthaft mit spanischer Grammatik beschäftigt. Nun wollte ich gezwungen sein, Spanisch zu sprechen und das Deutsche möglichst zu vermeiden. Allerdings haben die Kubaner (Kubanerinnen lasse ich weg) die Angewohnheit Englisch zu sprechen, wenn sie merken, dass der Ausländer nur wenig Spanisch kann - das ist nett gemeint - aber in zweierlei Hinsicht ungünstig: Viele Kubaner haben im Englischen eine Aussprache (Das Spanische ist eben dem Englischen ferner als das Deutsche), die schwer verständlich ist, und da ich doch Spanisch sprechen lernen wollte, sagte ich kurz: ¡En Cuba se habla español! (In Kuba spricht man Spanisch!)

In Havanna wohnte ich die ersten 12 Tage in Havanna Centro nur 10 min Fußweg vom Capitolio entfernt, das etwas größer als sein US-amerikanisches Original ist und zurzeit von Grund auf wiederhergestellt wird.

Der Unterschied zwischen kubanischer und deutscher Mentalität kommt schon beim Fernsehprogramm deutlich zum Ausdruck. Es gibt sechs Fernsehprogramme, von denen eines nur Musik und ein anderes nur Sport bringt. Das Musikprogramm bringt fast nur moderne Bands, die meist kubanischen Ursprungs sind und offensichtlich beliebter sind als deutsche Bands in Deutschland, wenn sie deutsche Texte singen. Die Musik stellt man dabei in einer Lautstärke ein und lässt sie ständig so laufen, dass man denken muss, dass alle Kubaner schwerhörig sind. Häufig werden Musikvideos über die Fernsehgeräte abgespielt, die immer wieder gehört werden und wie Filme ausgeliehen werden können. Musik, Tanz und Rhythmus haben einen viel höheren Stellenwert als in Deutschland.

So kann man politische Informationen und

wichtige Hinweise, die vor allem zwei der sechs Sender bringen, übergehen oder versäumen. Dabei nehmen aktuelle Probleme im Hinblick auf die Gesundheit breiten Raum in den Nachrichten ein. Auch das trägt zur Vorbildwirkung Kubas im Gesundheitswesen für Lateinamerika, Afrika und Südostasien bei. Infektionen durch Mücken und Wasser sind angesichts der hohen Temperaturen immer ein Thema. Leitungswasser hat eine gute Qualität ist aber in den Hafenstädten wie bei uns in Rostock relativ hart. Als ich in Kuba war, wurde mehrmals über Santiago und eine dort durchgeführte Übung hinsichtlich des Verhaltens bei einem Erdbeben berichtet. So wie es vor einigen Jahren Haiti traf, kann es jederzeit den Südosten Kubas treffen. Im Gegensatz zu den meisten Entwicklungsländern gibt wegen eines gut ausgebauten Katastrophenwarnsystems und dank regelmäßiger Katastrophenübungen und rechtzeitiger Warnung oder Evakuierung der gefährdeten Menschen zwar oft beträchtliche Schäden aber kaum Tote. In Santiago hatte es leichte Erschütterungen um die 3,5 gegeben, doch bis zu dieser Größe treten diese auch im südwestdeutschen Raum auf.

So wie in Deutschland meist nur über Europa und die USA berichtet wird, steht in Kuba Lateinamerika im Vordergrund. Die Nachrichten gehen über eine Stunde und betreffen hauptsächlich Kuba und Wirtschaftsnachrichten aus den 15 Provinzen. Es geht meist um besondere Baumaßnahmen, die Industrieproduktion und die Landwirtschaft mit Anbau, Ernte und Verarbeitung der Produkte.

Im Sport werden viele unterschiedliche Wettkämpfe gezeigt. Ringen, Judo, Boxen, Turnen, Leichtathletik und Schwimmen, dazu die typisch kubanischen Sportarten, aber erstaunlicherweise auch Fußball. Da ich merkte, dass mancher Kubaner Mün-

# Was macht eigentlich Marcel Eggert?

Viele Rostocker Genoss\*innen werden sich noch an Marcel Eggert erinnern. 2014 wurde er zum stv. Kreisvorsitzenden gewählt, verließ Rostock dann aber aus beruflichen Gründen. In Parchim ist er Geschäftsführer der Linksfraktion im Kreistag Ludwigslust-Parchim. Die Genoss\*innen in seinem neuen Heimat-Kreisverband wählten Marcel am 7. April zum Direktkandidaten bei der Landtagswahl 2016.

Wir wünschen Marcel viel Spaß im Wahlkampf und maximalen Erfolg bei der Wahl am 4. September!

Mit der Nominierung von Marcel im Wahlkreis 32 hat DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern die Aufstellung ihrer Direktkandidatinnen und -kandidaten zur Landtagswahl am 4. September 2016 abgeschlossen. Marcel Eggert ist mit 26 Jahren einer der jüngsten Direktkandidaten, von denen insgesamt acht unter 35 Jahren sind. Der Altersdurchschnitt bei den Direktkandidatinnen und -kandidaten liegt bei 47 Jahren.

Etwa die Hälfte (17) der Direktkandidaten der LINKEN in den 36 Landtagswahlkreisen bewerben sich das erste Mal um

ein Mandat im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Zehn sind derzeit Mitglieder des Landtages und kandidieren erneut. Mit Regine Lück, Barbara Borchardt, Karen Stramm und Prof. Fritz Tack scheidet vier aktuelle Abgeordnete aus.

Unter den Kandidaten befinden sich auch drei parteilose Bewerber, wie Clemens



Russel, Sprecher der Bürgerinitiative Pro-Schiene Hagenow-Neustrelitz. Alle für

DIE LINKE Kandidierenden sind kommunalpolitisch fest verankert, gesellschaftlich engagiert und in ihrem Wahlkreis für ihr Wirken bekannt und anerkannt. Heidrun Bluhm, Vorsitzende des Landesverbandes DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, erklärt dazu: „Wir gehen mit einer guten Mischung aus Jung und Alt, Tatendrang und Erfahrung, Kreativität und Verlässlichkeit und dem alle Kandidaten verbindenden Streben nach sozialer Gerechtigkeit in den Wahlkampf. Neben landespolitischer Kompetenz in allen Themenbereichen repräsentierten wir kommunalpolitische Erfahrung und breites gesellschaftliches Engagement. Das spiegelt sich in unserer Landesliste genauso wie bei unseren Direktkandidatinnen und -kandidaten wider. Damit ist DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern gut für den Landtagswahlkampf 2016 aufgestellt. Wir wollen mit engagierten Kandidatinnen und Kandidaten sowie einem mutigen Wahlprogramm, welches am 21. Mai vom Landesparteitag in Schwerin beschlossen wird, dieses Land sozial gerechter gestalten. Aus Liebe zu M-V.“

## Karin Schmidt - Direktkandidatin im Landkreis

*Karin Schmidt - Direktkandidatin der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 15, Landkreis Rostock III (Die Stadt Teterow und die Ämter Gnoien, Krakow am See, Laage, Mecklenburgische Schweiz und Schwaan) zur Landtagswahl am 04.09.2016*

Karin Schmidt ist 60 Jahre alt und Mutter zweier Töchter sowie eines Sohnes. In ihrem Beruf als Diplomlehrerin arbeitete Karin bis November 2001 am Gymnasium in Laage. Zwischen November 2001 und 2006 war sie Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Dem Kreistag Güstrow (jetzt Landkreis Rostock) gehört sie seit 1990 an und stand diesem von 1994 bis 2004 als Kreistagspräsidentin vor. Seit Gründung des Landkreises Landkreis Rostock ist Karin die Fraktionsvorsitzende. In der Stadtvertretung Laage ist Karin Schmidt seit 2004 politisch tätig. Nach

ihrem Ausscheiden aus dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2006 arbeitet Karin wieder in ihrem Beruf als Gymnasiallehrerin in Laage.

Als Vorsitzende des Kreisverbandes Güstrow DIE LINKE leistete sie über Jahre eine sehr engagierte Arbeit, die nicht nur in den eigenen Reihen geachtet wird. Karin Schmidt ist Vorstandsmitglied des Fördervereins des „Barlach-Theaters“ in Güstrow. Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern will sie sich vor allem für kommunal- sowie bildungspolitische Belange einsetzen. Der ländliche Raum liegt Karin besonders am Herzen, geht es doch darum, dass dieser nicht von der Entwicklung der Zentren abgekoppelt werden darf. Dabei spielen infrastrukturelle Fragen ebenso eine wichtige Rolle, wie Fragen von Gleichstellung, Kunst und Kultur.



chen für die Hauptstadt Deutschlands hielt, wunderte ich mich anfangs, um dann zu verstehen: Das Spiel zwischen Augsburg und München wurde schon zwei Tage vorher angekündigt und Original übertragen. Dortmund ist ähnlich bekannt, dann kommt „Hamburgo“ mit seinem bedeutenden Hafen und dann erst Berlin.

Fernsehserien sind sehr beliebt. Sie sind oft mexikanischen, argentinischen oder brasilianischen Ursprungs. Es werden aber

auch viel Filme aus Mexiko und den USA gezeigt, die letzteren sind dann Spanisch untertitelt, was mir beim Verzicht auf den englischen Originalton ermöglichte, die Texte mitzulesen und halbwegs zu verstehen. Beliebt sind offensichtlich auch die auf mich albern wirkenden USA-Comedy-Serien und Fernsehschnulzen. Da ist das kubanische Fernsehen nicht besser als das deutsche.

In einem könnte unser Fernsehen - ich den-

ke an ARD, ZDF und NDR - tatsächlich vom kubanischen lernen. Stets wird dort dreizeilig untertitelt und es verschwindet immer nur die letzte Zeile, wenn die erste neu erscheint. Das erleichtert das Mitlesen bei schwierigen Texten, während bei uns der zweiteilige Text komplett verschwindet und durch den neuen zweiteiligen ersetzt wird.

12.04.2016

Günter Althaus

# Zum Zusammenschluss von KPD und SPD vor 70 Jahren in Rostock

Als ich vor einigen Jahren für eine Dokumentation zum Prozess der Vereinigung von KPD und SPD Zeitungen durchsah, wurde mir eindringlich klar, dass dieser Prozess nicht im luftleeren Raum stattfand.

Ab November 1945 wurde fast täglich im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess über die Verbrechen, die im Namen Deutschlands in der Welt begangen worden waren, berichtet. Ein Artikel trug die Überschrift: „Vergiß das nie“. Angeklagt wurden in Nürnberg die fabrikmäßige Ermordung von Millionen Juden, die Geislerschießungen von Lidice und Oradour, die Verschleppung von Hunderttausenden Russen, Polen, Franzosen und Letten u.a. zur Zwangsarbeit; die Politik der verbrannten Erde, in deren Folge u.a. 70.000 Dörfer und über 80.000 Schulen in der SU vernichtet wurden, die Verstümmelung von Menschen durch medizinische Experimente und weitere unvorstellbare Verbrechen.

Und der Krieg war nach Deutschland zurückgekehrt. In Rostock rangen in dieser Zeit vor allem Frauen darum, eine Typhusepidemie abzuwenden; es mussten Flüchtlinge, die auf Befehl der Wehrmacht oder aus Angst vor Vergeltung vor den „Russen“ geflohen waren, untergebracht und mit dem Allernötigsten versorgt werden; die Krankenhäuser und Betriebe mussten trotz kaum zu beschaffendem Heizmaterial in Gang gebracht werden.

Die Antifaschisten beider Parteien standen vor kaum löslichen Aufgaben des Wiederaufbaus der zerstörten Stadt. Da war eigentlich kein Platz für Parteienstreit. Schon am 2. Mai waren die Kommunisten Schares und Mahne gemeinsam mit dem Sozialdemokraten Willi Hörning zum Kommandanten der Roten Armee in Rostock gegangen um Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung und der Abwehr von Plünderungen zu beraten.

Fritz Düwel, aus einer sozialdemokratischen Familie kommend, trat am 1. Januar 1946 in die SPD ein. Er berichtete über die damalige Situation: „Heute scheint es manchem, als sei (der Zusammenschluss von KPD und SPD) das einzige Thema gewesen. Dabei stand die Arbeit in den Ortsgruppen, die Frage der Belegung der Wirtschaft und vieles andere ganz vorn auf der Tagesordnung.“ Ähnliches sagte Adi Schörner aus: „Schon bald haben wir mit den Genossen der Ortsgruppe Dierkow/Ost zusammengearbeitet, der gemeinsamen Arbeit für das Wohl der Menschen hatten wir gemeinsame Positionen. Wir haben schon 1945 die Vereinigung vollzogen.“

Und Dora Böhm, Mitglied der SPD, damals am Wiener Platz wohnend, äußerte: „1945 hatten wir die Meinung das ist das Beste, was uns geschehen kann, wenn die Arbeiter sich einig sind. Wir hatten doch die Erfahrung gemacht, dass 1933, weil wir uns nicht einig waren, die Nazis an die Macht kamen.“ Mit den Genossen

der KPD kamen sie zusammen beim Räumen der Panzergräben, die sich damals kilometerlang um Rostock zogen. Die Mehrheit ihrer Gruppe stimmte der Vereinigung zu. Nur zwei waren dagegen und machten sie auch nicht mit.

Die Landtagsabgeordneten von Mecklenburg-Schwerin Hans Warnke (KPD) und Carl Molthmann (SPD) hatten sich in den Landtagssitzungen vor 1933 mit heftigen Wortgefechten bekämpft. Nun fanden sie sich nach dem Hitlerattentat im August 1944 im Zuchthaus Dreierbergen-Bützow in einer Zelle wieder. Da lag ihre Schlussfolgerung: „nie wieder Bruderzwist“; nur gemeinsam können wir Deutschland aus der Katastrophe herausführen, auf der Hand.

Es gab zwei herausragende Gründe, die für den Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien sprachen: Gemeinsam verhindern, dass der Faschismus je wieder sein Haupt erheben kann und nur gemeinsam können wir die katastrophalen Folgen des Krieges überwinden und ein friedlicheres demokratisches Deutschland aufbauen.

In Rostock wurde am 1. Juli 1945 ein gemeinsamer Arbeitsausschuss von SPD und KPD gebildet. In mehreren großen Versammlungen und öffentlichen Kundgebungen so der KPD am 19. Juni 1945 und der am SPD 15. Juli 1945 und in gemeinsamen Versammlungen kam der Wille zusammenzugehen deutlich zum Ausdruck. Am 20. Januar 1946 fand eine gemeinsame Kreisdelegiertenkonferenz statt.

Nach Wolfgang Leonhard, bei einem Vortrag, den er im Rostocker Rathaus hielt, konnte man drei Gruppierungen feststellen: die Befürworter der Einheit; diejenigen, die die Einheit mitmachten oder sich , und Gegner. In Rostock dürften die Befürworter eindeutig in der Mehrheit gewesen sein.

Dass auch Zwang eine Rolle spielte zu leugnen, entspräche nicht der Wirklichkeit. Die Kommunisten hatten starken Rückhalt bei den Offizieren der Roten Armee. So wurden auch in Rostock Mitglieder Parteien zur Kommandantur „zur Aussprache“ bestellt. Stefan Doernberg, der als junger deutscher Kommunist mit der Roten Armee nach Deutschland gekommen war, schätzte ein: „Es gab ein großes Gefälle zwischen dem hochgebildeten Professor und Deutschlandkenner in sowjetischer Uniform der“ (den Älteren ist wohl noch Prof. Jessin in Erinnerung, der an der Universität Rostock Vorlesungen hielt) „und dem typischen Stalinisten. Und es gab nicht nur die kämpfende Truppe aus der zunächst die Offiziere der SMA kamen, sondern etwas später drei unterschiedliche Geheimdienste. Der Rostocker Kommandantur wurde eine relativ loyale Haltung nachgesagt. Dass in der britischen Besatzungszone der Zusammenschluss von Gruppen zur SED glatt weg verboten wurde, steht auf einem anderen Blatt. Nach der Vereinigung wurde Willi Jesse verhaf-

tet, weswegen sich der damalige Oberbürgermeister, Alfred Schulz, bedroht fühlte. Ob dabei die Tätigkeit des Ost-Büros der SPD eine Rolle spielte, konnte nicht geklärt werden. Dennoch, die immer wieder behauptete These von der Zwangsvereinigung trifft nicht zu. Fritz Düwel sprach in einer Konferenz\* davon, dass sich sein Vater nicht mehr gegen den Vorwurf wehren könne, sie hätten sich korrumpieren lassen, indem sie sich für die Vereinigung aussprachen. Und betonte: „Mein Vater und ich stimmten der Vereinigung ehrlichen Herzens zu“. Auch andere bekannte Rostocker Sozialdemokraten wehrten sich gegen den Verdacht zwangsvereinigt worden zu sein.

Von den nun in einer Partei vereinten Genossen wurde in den folgenden Jahren eine große Arbeit geleistet, um Rostock wieder zu einer lebenswerten Stadt zu machen. Die später einsetzende Orientierung auf eine Partei neuen Typus. unterminierte die innerparteiliche Demokratie und ließ Traditionen der SPD auf der Strecke. 1945/46 jedoch überwog der gemeinsame Wille aus der Zeit des Faschismus die Schlussfolgerung zu ziehen und gemeinsamen die Misere zu überwinden und ein besseres Deutschland zu errichten. Die abqualifizierende Bezeichnung „Zwangsvereinigung“ trifft es jedenfalls nicht!

Bei allen Mängeln, die man der SED, in den über 40 Jahren ihrer Existenz nachsagen kann, gab es die Leistung von Millionen Bürgern der DDR und den einmaligen Versuch in einem Teil Deutschlands eine gerechtere Gesellschaft, die auf Frieden beruht zu errichten. Rostock ist dabei zu einer blühenden vorzeigbaren Stadt gewachsen.

Kann man Erfahrungen aus dem historischen Geschehen ableiten? Die heutigen Parteien sind mit jenen 1945/45 nicht vergleichbar. Sie existieren in einem anderen geschichtlichen Kontext. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung in der die Spanne zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, wo Kriege, Aufrüstung, Atomenergie, Atombomben und Umweltschäden die Existenz der Menschheit gefährden, ist der Zusammenschluss aller Linken und darüber hinaus aller gutwilligen Menschen erforderlich. Es ist Zeit darüber nachzudenken, wie eine Gesellschaft entstehen kann, die ein gleichberechtigtes sicheres Leben in Frieden garantiert.

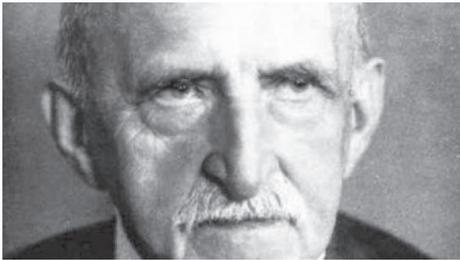
*Johanna Jawinsky*

\*) Eine gründlichere Darlegung des Prozesses in Mecklenburg-Vorpommern und Rostock erfolgte anlässlich einer Konferenz: „Zusammenschluss von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern“ am 13. April 2006 in Rostock, veröffentlicht in einer Broschüre des Forums für politische und interkulturelle Bildung MV, Rostock 2006

# Kurt Kaiser: In memoriam Richard Wossidlo

**Richard Wossidlo** – Geburen an ´ 26. Januar 1859 in Friedrichshof bi Tessin Kreis Rostock, vör 77 Johr, an ´ n 4. Mai 1939, storben.

„Uns Perfesser Vosslo“ as em de Meckelnborger leiuvull nennen, hett rund 5000 Läschen un Riemels, de em de Lüd in oewer 3000 Urte vertellt hemm in oewer twei Millionen handbeschrävene Bläder fasthollen. Etwa ein Million Originalupteiknungen bargt sien Archiv, dat hüt tau de Universität Rostock gehürt. Dat is ein Sammlung von einzelnen plattdüütschen Würder bit tau mehrsiedige Sagentexte, näben rutgerätene Zettel un mankmal sogor beschrävene Papiermanschetten. In uns´ Literaturgeschichte is Wossidlo dormit nich, so as Reuter orer Brinckman as plattdüütsch Autor ingahn, sonnern as volkskundlicher Sammler un Publizist. In ´ Juni 2014 heff ick hier oewer Richard Wossidlos Biographie all mal utführlich bericht´, un mücht hüt noch ´ n poor Anekdoten ut sien Sammlung dortau vertellen.



## Dei Sprung oewer dat Rathaus

In Teterow is eens ´ n Handwerksbursch inkihrt, de hett in de Harburg vertellt, he wull abends Klock soeben oewer dat Rathaus springen. Dat snackt sick ja ok rüm in de Stadt, un alls löppt tausamen un steiht up ´ n Markt. As de Klock Soeben sleit, kümmt de Hamdwerksbursch ja ok an. „Jo Lüd, röp he dor, ich will woll, oewer ick kann man nich!“

## Dei Ribnitzer Müggenspritzer

In Ribnitz is einst ´ n dicken Schwarm Müngen üm de Karkturmspitz rümflagen. Dor hemm de Börger dacht, dat de Karkturm brennt un sünd mit all ehre Fuehrspritzen tau ´ n Löschen utrückt. Dorvon heiten de Ribnitzer noch ümmer de „Müggenspritzer“.

## Dei Marlowsch Kuckuck un dei Stadtkass´.

Dei Marlower hemm einen groten Posten Geld in de Stadtkass hatt. Dor beraden se, wer woll am ihrlichsten wier, bi denn se dat Geld am besten in Verwahrung gäwen können. Tauletz gäwen se dat Geld denn Kauhirt. De nimmt denn de Kass ümmer

mit tau Schaphäuden. Nu hemm dor ümmer an de Grenz de Marlowsche Kuckuck un de Brunsdörper üm de Wett ropen, un de Brunsdörper hett fixer raupen künnt. Dit argert denn Kauhirt un he will denn Marlowschen Kuckuck helpen un stiggt in einen Bohm hoch un kuckuckt mit. Unnerdessen kümmt dor en Handwerksbursch de Landstrat langtaugahn und süht de Geldkass dor unner ´ n Bohm liggen. De klemmt he sick denn unner denn Arm un geiht dormit af.

„Gah du man!“ röp de Kauhirt em nah, „du sasst de Kass mit dat Geld woll werrer bringen, denn Schlötel heff ick nämlich in mien Tasch!“

## Die Krieg twischen dei Marlower un dei Sülzer

Die Marlowschen hebben mit dei Sülzer Krieg führt. De Sülzer hebben sick up die anner Siet von denn Galgenburg lagert un dei Marlowschen up de anner Siet, de Marlowschen all tau Pierd, un de Burmeister vöran.

Nu is dat grad so in de Tied wäst, wenn de Scharnbullen (Messkäfer) fleigen. Un as sei dor nu liggen un luern, flücht ein Scharnbull denn Marlowschen Burmeister grad vör denn Kopp.

Dor röppt hei: „De Sülzer scheiten scharp! Dat ganz Bataillon kiehrt!“

So hemm dei Sülzer denn Krieg gewunn.

## Blücher in Brüel

As Fürst Blücher eins nah Doberan hett führen wull, is hei ok dörch de Stadt Brüel kamen. Die Brüeler Börgers hemm Blücher nu ja ok festlich begrödet un dorbi sungen: „Der Brüeler Bürger Lallen, - lass dir o Herr gefallen;

Der Brüeler Bürger Brüllen, - wollst du, o Herr erfüllen!“

## Die Hieringsfräter

De Buern in N. hemm so giern solten Hiering äten un hemm utmakt, sei wullen sick sülbst wecken tüchten. Sei kööpen denn ja ok ´ ne Tunn Solthierung un setten dei ganze Beschierung in ´ n Diek. As sei nah ein Johr nu einst fischen, kriegen sei ´ n Aal ruut ut denn Diek, oewer keinen Hiering. Dor denken sei, dat dei Aal all dei Hierings upfräten hett, un beraden ja nu, up weker Oort sei denn Fischräuber dotmaken künn. De Ein meint, sei sülln em uphängen.

Nee, säd dei Burmeister, dat wier doch woll tau hart, sei wullen em man leiwier versööpen in ´ n deipen See. As de Aal nu in dat Warer rinsett ward, fängt hei an tau spaddeln.

Dor röppt dei Burmeister: „Seht, seht seine Not – ersaufen ist ein bitterer Tod!“

## Up Französisch

Een Eddelmann führt nah Paris un hett sien Diener Jochen achter up sitten.

As se oewer de Grenz kamen, seggt hei: „Jochen, nu kamen wi oewer de Grenz. Von nu an möt ümmer französisch spraken warden!“

Jochen seggt gor nicks un oewerleggt. Nah ´ ne Tied fröggt he: „Woans heet ‚verluren‘ up Französisch? – „Perdü!“ säd de Herr. – „Jä, Herr“, säd nu Jochen: „Denn möt ick man melden: Uns Kuffer is all lang perdü!“

## Dei Warnung

Dei Scheeper geiht morgens nah ´ n Stall un sien Hund löppt vörweg un dreggt den Start so stur.

„Ja“, seggt de Scheeper, „mien Hünding, frieg man ierst, nahst warst dienen Start ok woll hängen laten.“

Dor har de Scheeper von sien Frau, äben ierst dat Ledder vullkrägen.



## Dei Scheeper söcht sien Schap

Ein Scheeper wull sien fief Schap säuken, de em wegloopen wiern. As he an de Wisch keem, reep dor de Kiwitt: „Fief Witt! Fief Witt!“

„Nee“ säd dei Scheeper, „dat ´ s nich an dem! Dat sünd drei Witt un twei Swart.“

Dei Kiwitt bleef oewer so bi, un dei Scheeper dacht, he künn sick ja verseihn hemm. Also güng he werrer nah Hus un tellte nah. He argerte sick oewer denn Kiwitt, dat he em narrt har, un wull nich werrer nah de Wisch; also güng he tau Holt.

An ´ n Rand seet dor ´ ne Kreih, de schreech: „All Swart! All Swart!“

„Dunner narren,“ säd dei Scheeper, „büst du hier dei Dumm orer ick?“

Dor wier oewer ok dei Kuckuck in ´ n Holt, de rööp: „Du-Du! Du-Du!“

Dunn verfierte dei Scheper sick un güng noch mal nah Hus un tellte nah. Un as he richtig hen keek, dunn stünnen sien Schap, de he söcht har, achter ´ t Wagenschuer. „Süh!“ säd he, „heff ick nich recht hatt?“

*Quelle: „Plattdeutsche Schwänke“ aus den Sammlungen Richard Wossidlos, herausgegeben von Siegfried Neumann beim VEB Hinstrorff Verlag Rostock 1971.*

# Eine kurze Einführung in's Marxsche Kapital in drei Teilen - Teil III

Und obwohl die Marxsche Kapitalismuskritik und seine Vorstellungen einer alternativen Gesellschaftsordnung heute genauso wichtig wie vor rund 150 Jahren waren, gerät seine Theorie immer mehr in den gesamtgesellschaftlichen Hintergrund. Die Rosa Luxemburg Stiftung organisiert in Rostock einen Marx-Lesekreis. Nicht alle können an diesem Lesekreis teilnehmen, weil aber das Interesse an den grundsätzlichen Ideen dieses Klassikers linker Gesellschaftstheorie in linken Kreisen nach wie vor hoch ist, gibt es hier eine grobe Zusammenfassung des Marxschen Kapitals. Der Text stammt ursprünglich vom Bundesverband der linksjugend [solid], wurde aber für diese Klartext Ausgabe von mir leicht verändert.

## Finanzkapital, Finanzmarkt und Krise

In einer auf Geldvermehrung ausgerichteten kapitalistischen Gesellschaft herrscht grundsätzlich Geldmangel. Der Geldmarkt, auf dem Geld verliehen wird, ist der einzige Markt mit einer kaum zu befriedigenden Nachfrage. Die Grundform auf diesem Markt ist der Kredit. Ein Kredit, das ist eine verliehene Summe X, wobei der Preis für die Benutzung des Geldes, vom Risiko abhängt das der Kreditgebende eingeht. Dieser erhält dann einen Teil des Profits, der mit dem Geld erzielt werden konnte: den Zins. Solange sich Gewinne damit erzielen lassen, wird neues Geld zur Verfügung gestellt. Die Grenzen, die durch die verfügbaren Geldmengen gesetzt sind, müssen von den Banken immerzu durchbrochen werden, wenn sie die Nachfrage bedienen beziehungsweise ihre Gewinne steigern wollen. Dies gelingt auf verschiedenen Wegen, aber vor allem durch die Geldschöpfung „aus dem Nichts“, also dem Erzeugen von ausgedachtem (fiktivem) Geldkapital. Das ist etwas, was ausschließlich den Banken vorbehalten ist. Schuldscheine, die die Banken für das Geld erhalten, das sie verleihen, werden von ihnen behandelt wie „echtes“ (also staatliches) Geld. Und weil alle Banken das so machen, funktioniert es auch. Die Schuldscheine werden in der Buchhaltung in der Tat als Guthaben und keineswegs als Ausgaben verbucht. Sie alle glauben (!) an den Wert der Schuldscheine. Das ist völlig legal und führt dazu, dass die Einlage von Liselotte Meyer (z.B. 100 Euro) mehrmals verliehen werden kann. Nach jedem Verleihvorgang kommen ein paar Prozent der Grundsumme in die Reserve. Der Rest (vom Schuldschein) kann wieder und wieder verliehen werden<sup>15</sup> – bis nichts mehr übrig ist. Die meisten nehmen an, dass das Geld bereits nach einmaligem Verleihen weg ist. Die 100 Euro von Frau Meyer werden aber zig mal verliehen – aus hundert Euro können so mehrere tausend Euro werden, die ganz real (!) in der Gesellschaft zirkulieren. Solange die Menschen (sowie Fonds, Unter-

nehmen, Stiftungen etc.) nur einen kleinen Teil ihres Konto-Guthabens zum „Einkaufen“ benötigen, funktioniert dies reibungslos. Wenn es jedoch zu einem Vertrauensbruch kommt, wollen überdurchschnittlich viele Kontoinhaber ihr Geld vom Markt abziehen: Sie wollen ihre Einlagen, die zig mal verliehen worden sind, zurück haben. Gleichzeitig verlieren die Banken das Vertrauen untereinander. Und auf einmal glaubt (!) niemand mehr an den Wert der Schuldscheine. Das ist die Katastrophe, vor der sich alle fürchten. Wenn Banken sich untereinander nichts mehr leihen, werden sie zahlungsunfähig, denn ihre Reserven (besonders die Bargeldreserven) sind minimal. Keine Bank kann es sich leisten, das Geld im Safe „vergammeln“ zu lassen, weshalb die Banken in der Krise auch nicht genug Geld haben und schließlich pleite gehen. Das Geldsystem droht dann zu kollabieren. Nur der Staat kann das verhindern, indem er den Banken Liquidität=Vertrauen (und umgekehrt) schenkt.

Kann man das nicht unterbinden? Nein. Im Kapitalismus ist der Bedarf an Geld riesig. Fast alle Unternehmen haben Schulden. Bei Städten, Kommunen und Staaten sieht es ganz ähnlich aus. Zur Aufrechterhaltung des Tagesgeschäfts braucht es immer neue Kredite. Dass dies jemals anders war und Unternehmen oder Staaten früher nicht abhängig vom Kredit waren, ist ein Mythos. Die kapitalistische Wirtschaft ist mit Krediten geschaffen worden und kann auch nur deren Hilfe am Laufen gehalten werden. Da der Bedarf an Geld keine Grenze kennt, darf auch das Angebot keine Grenze haben. Das staatliche Geld würde dafür nie ausreichen. Eine Finanzmarktkrise hat immer Auswirkungen auf Industrie und Gewerbe, hat doch ihr „Kapitalhunger“ respektive Zwang zur Gewinnsteigerung den Finanzmarkt überhaupt erst möglich, also nötig, gemacht. Die Auffassung, es gäbe eine Trennung in „Geldwirtschaft“ und „Realwirtschaft“, hält nur Illusionen über den Kapitalismus aufrecht. Es gibt verschiedene Märkte für verschiedene Produkte, aber nur eine kapitalistische Wirtschaft.

Das staatliche Geld ist eigentlich auch „ausgedacht“. Es wird aber durch die Staatsgewalt garantiert, weshalb der Glaube in den Wert der bedruckten Scheine nur in historischen Ausnahmesituationen, wie beispielsweise einem verlorenen Krieg, erschüttert wird. Die Menschen gehen dann zu anderen Währungen (Marx würde sagen: Fetischen) über, an deren Wert sich leichter glauben lässt. Sie glauben dann z.B. an: Zigaretten. Die kontinuierliche Geldschöpfung der Banken führt jedoch nicht nur in Ausnahmesituationen zur Krise, sondern ist unumstößlich. Denn das Vertrauen der Menschen in die Banken und in die Märkte kennt durchaus Grenzen.

Spekulieren lässt sich aber auch auf die Wertveränderung einer Ware, da im Kapitalismus

fast alle Preise mal sinken und mal steigen. Man kann entweder klassisch auf Preissteigerung spekulieren – billig kaufen, später teuer verkaufen – oder mittels „Futuroptions“ auf Preisminderung spekulieren, das heißt Wertpapiere für eine Zeit lang ausleihen, teuer verkaufen und später billig zurückkaufen, dem Eigentümer zurückgeben und die Differenz als Gewinn einstreichen. Sobald man Schuldscheinen einen Wert zugesteht, kann man auch auf die Wertveränderung der Schuldscheine spekulieren. Und wenn Kredite mit Krediten finanziert werden, existieren zwei Schuldscheine die einen Wert haben und wiederum beide als Vermögen gelten, die Geldsumme zirkuliert nun zweimal auf dem Markt. Eine Kreditkette und wieder neues fiktives Kapital sind entstanden. Die Spekulation verstärkt das „eigentliche Problem“ jedoch nur – es ist nicht die, sondern eine Ursache der Krise. Um so höher das durch Spekulation eingegangene Risiko ist, desto größer wird auch die Gewinnerwartung. Große Gewinnerwartungen führen teilweise dazu, dass Wertpapiere extrem überbewertet werden. Das bedeutet, dass unverhältnismäßig viel Geld in einem Teil des Marktes zirkuliert. Es entsteht eine: Finanzblase. Aber – und das ist der Schlüssel zum Verständnis der Krise – umso höher das Risiko desto höher ist auch die Nervosität der Anleger und es braucht dann nicht viel, um dem Vertrauensverlust Vorschub zu leisten beziehungsweise eine Panik auszulösen, in der dann alle versuchen ihr Papiere zu verkaufen – der Markt bricht zusammen.

Wenn der Vertrauensverlust einen Markt betrifft, der weltweit stark verflochten ist und der über ein großes Finanzvolumen verfügt, dann ist die Kettenreaktion auch entsprechend stark, nicht zuletzt wegen der inzwischen regelmäßig reißen Kreditketten. 2008 war dies der Markt für US-Immobilienkredite und die Spekulation auf deren Wertveränderung. Der Zusammenbruch eines Marktes führt zur Krise und betrifft dann auch viele andere Märkte. Es kommt zu einer allgemeinen Panik, in der viele ihr Geld vom Markt abziehen. Kredite werden „abgeschrieben“, das heißt die Schuldscheine werden wertlos. Fiktives Kapital verschwindet einfach „ins Nichts“ – eben dahin, woher es gekommen ist.

Die übriggebliebenen Banken behalten ihr Geld nun für sich und vergeben nur zögerlich Kredite, um nicht selbst zum Pleitefall zu werden. Die Unternehmen, die meist von immer neuen Krediten abhängen, geraten ins Wanken oder gehen ganz unter. Abgehängte Konkurrent\_innen machen schnell pleite; alle Übrigen nutzen die Krise, um ihren Betrieb zu rationalisieren, also Menschen zu entlassen und die Löhne zu drücken. In einer Krise haben vor allem Konzernprobleme, die auch vor der Krise schon als angeschlagen galten. Linke nennen dies meist: Überproduktionskrise (es wird zu viel produ-

# Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Sa., 7.5.	09:30 Uhr	Ehrendes Gedenken auf dem Sowj. Ehrenfriedh.	Güstrow	
Sa. 7.5.	20:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Das seid ihr Hunde wert" - Ein Erich-Mühsam-Programm	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
So., 8.5.	10:00 Uhr	Ehrendes Gedenken zum Tag der Befreiung	Lalendorf	Panzer
So., 8.5.	10:00 Uhr	Gedenken zum Tag der Befreiung	Rostock	Puschkinplatz
So., 8.5.	11:00 Uhr	70 Jahre Odf-Denkmal, Rede von M. Hänsel	Rostock	Rosengarten
Mo., 9.5.	18:30 Uhr	Ehrendes Gedenken zum Tag der Befreiung	Bad Dob.	Bachgarten
Di., 10.5.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Laage	Brinckmanstr. 15
Do., 12.5.	16:00 Uhr	Demo gegen Pflegenotstand	Rostock	Uniplatz
Do., 12.5.	19:00 Uhr	Sitzung HRO-Kreisvorstand	Rostock	Geschäftsstelle
Di., 17.5.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS: Bremer Str. 24
Di., 17.5.	18:00 Uhr	Workshop mit der Basis zum Landtagswahlprogramm	Rostock	Geschäftsstelle
Sa., 21.5.		Landesparteitag	Schwerin	
Do., 26.5.	15:00 Uhr	RotFuchs: Vortrag des eh. Luftwaffenoffiziers Jochen Scholz zur internationalen Politik	Rostock	Mehrgenerationenh. Maxim-Gorki-Str. 52
Di., 7.6.	15:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Friedenspolitik im Ostseeraum (Vortrag und Diskussion mit Prof. Gregor Putensen)	Rostock-Evershag.	Mehrgenerationenhaus Maxim-Gorki-Str. 52
Di., 14.6.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS: Bremer Str. 24
Sa., 18.6.		Kinderfest am Schwanenteich	Rostock	Reutershagen
Mo., 20.6.	16:30 Uhr	Ehrung Lieselotte Hermann bei Fachhochschule	Güstrow	Goldberger Str.
Mi., 22.6.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Güstrow	"El Dorado"
Sa., 25.6.	10:00 Uhr	RotFuchs: Peter Ritter, MdL, zum Landtagswahlkampf der LINKEN	Rostock	VS: Bremer Str. 24
Do., 14.7.	15:00 Uhr	Karsten Kolbe zur Landtagswahl, Vortrag und Diskussion	Rostock-Evershag.	Mehrgenerationenh. Maxim-Gorki-Str. 52
Sa., 16.7.		Christopher Street Day 2016	Rostock	Neuer Markt
Mi., 20.7.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Sieversh.	"Ziegenkrug"
Fr., 22.7.		Wahlkampfauftakt	Rostock	Warnemünde
Di., 26.7.		Ostseebädertour	Graal-Mü.	Seebrücke
Do., 28.7.		Beginn der Briefwahl		
Sa., 6.8.	14:00 Uhr	LINKE-Sommerfest	Krakow	Am Jörnberg
Sa., 27.8.	10-17 Uhr	12. Internationales Friedensfest	Graal-Mü.	Seebrücke

ziert), Unterkonsumtionskrise (es kann nicht genug konsumiert werden) oder aber Überakkumulationskrise (das Kapital kann nicht mehr in ausreichendem Maße wachsen). Welche der drei Krisen-Typen jedoch überwiegt, lässt sich nicht genau feststellen und ist Teil heftiger Diskussionen.

Doch welche Rolle spielt der Staat in der Krise? Staatliches Handeln versucht in der Krise Vertrauen zu schaffen, indem „frisches“ staatliches Geld locker gemacht wird, um so den Kollaps zu verhindern. Durch Investitionsprogramme soll dann auch noch die Rezession, die Phase wirtschaftlichen Abschwungs, verkürzt werden. Wenn das alles gelungen ist, versucht der Staat wieder möglichst viel Geld vom Markt abzuziehen, denn eine starke Inflation droht. Und diese gilt es nun abzuwenden. Dies gelingt jedoch nicht jedem Staat, hat doch die „aus dem Nichts“ stattfindende Geldschöpfung des Staates sowie die Zinspolitik der Zentralbanken, mit dem Unsummen „billigen“ Geldes auf den Markt gespült werden, zur Folge, dass der Finanzmarkt gestützt und neu aufgepumpt wird. Der Staat hat enorme Neuschulden aufgenommen – ein Vorgang der unweigerlich zur nächsten Krise hinüber leitet: die Staatsschuldenkrise. Die gerade geretteten Finanzmärkte beginnen dem „Schuldner“ Staat zu misstrauen. Die absolute Abhängigkeit der Produktion vom Kredit, übt hier einen Zwang aus: Soll die kapitalistische Produktion im selben Maße wie bisher aufrecht erhalten werden und sogar für Wachstum sorgen, so bleibt den Staaten keine andere Wahl als zur „Retten der Banken“

beizutragen. Nur so können die Kreditketten aufrecht erhalten und folglich die jeweilige nationale Ökonomie gestützt werden. Gleichzeitig werden die Staaten dabei selbst zum größten Kredit-Abhängigen.

„Nach der Krise“ braucht es wieder Wachstum, denn der Zins will bezahlt werden. Anders ausgedrückt: Die Gewinnerwartungen (Spekulationen) sollen sich erfüllen. Kredit-Raten müssen bezahlt werden – und dies gilt auch für den Staat –, die Erwartungen der Anleger und Gläubiger müssen irgendwie erfüllt werden, denn davon hängt alles ab. Falls dies nicht gelingt, „fliehen“ die Investor\_innen und noch mehr Kapital wird vernichtet. Die Unternehmen gehen pleite. Aber auch Staaten können auf diese Weise zahlungsunfähig werden. Solange jedoch „alle“ erwarten, dass schon irgendwie Wachstum eintreten wird, solange also die Erwartungshaltung konserviert werden kann, funktioniert das Ganze – jedenfalls bis zu nächsten Krise. Leidtragende sind neben der dem ominösen Steuerzahler\_in, Lohnarbeiter\_innen, Erwerbslose, Rentner\_innen etc. Das sind alle, die auch ohne Krise den Zumutungen des Kapitals ausgesetzt sind und für die eine solche Krise existenzbedrohend ist. Gleiches gilt für die Länder des Globalen Südens, in denen das massenhafte Hungern und andere Grausamkeiten sich in Krisenzeiten nochmals steigern.

Nico Burmeister

# Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 038 1-4920010  
Telefax: 038 1-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de  
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin  
Layout: Carsten Penzlin  
Internet: www.dielinke-rostock.de  
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:  
Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300  
Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS  
OSPA Rostock  
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

**Gefahr am 1. Mai** (von Jürgen Riedel)

Nicht durch aggressive Aufwallung  
Kreuzberger Krawallhorden  
klug wie der Kopf des Kopfsteinpflasters

durch Herbeiklecken Tiefverfärbung  
des Einfallspinselbildes über links  
in Hirn des millionenfachen Politspießers  
TV – sieht er  
vermummte Steinewerfer ohne Mumm:  
recht gemeinwohl Autos  
demolierende Links-Autonome

**Tango** (von Janina Niemann-Rich)

Getanzter Einklang mit mir  
im Gegenüber

**Ziel** (von Janina Niemann-Rich)

Durch Dunkelheit wach  
geschlafwandelte Zeit

# Interview mit der Rostocker Jugendpolitischen Sprecherin Marie Guskowski

Auf dem vergangenen Kreisparteitag wählten die Delegierten einen neuen Kreisvorstand. Und auch wenn viele Genoss\*innen zum wiederholten Mal antraten, gab es ein ganz neues Gesicht auf der Liste der Kandidierenden: Marie Guskowski. Sie trat mit dem Anspruch an, die neue jugendpolitische Sprecherin werden zu wollen – und wurde mit überwältigender Mehrheit gewählt.



Nun, nachdem ein paar Wochen vergangen sind, ist es an der Zeit, dass ihr Marie näher kennenlernt, denn ein paar Minuten, die man bei einer Vorstellungsbildung während eines Parteitages hat, reichen kaum aus für eine erfüllende Vorstellung. Deshalb haben sich unser ehemalige Jugendpolitische Sprecher, Nico Burmeister mit unserer neuen Jugendsprecherin Marie für ein Interview getroffen.

*Nico: Marie, du bist 16 Jahre alt und damit verhältnismäßig jung. Wie bist du überhaupt zu unserer Partei gekommen?*

Marie: Ich war zu dem Zeitpunkt auf der Suche nach einem Praktikum für die Schule. Da ich bis dato sehr schlechte Erfahrungen gemacht habe mit Praktikumsbetrieben wollte ich einen Betrieb haben der von der Einstellung her schon sozial ist und so bin ich dann auf euch gestoßen.

*Nico: Du sagtest, du hast ein längeres Praktikum in unserer Geschäftsstelle gemacht. Was hat dir denn besonders gefallen?*

Marie: Mir hat neben so ziemlich allem anderen am meisten gefallen das ich endlich eine Chance bekommen habe zu zeigen

was ich kann.

*Nico: Bist du noch in anderen politischen Organisationen aktiv?*

Marie: Aktuell noch nicht, aber ich habe vor mir ein stärkeres Netzwerk aufzubauen.

*Nico: Du gehst noch zur Schule. Welche Perspektiven siehst du für dich und deine Zukunft bzw. was möchtest du später einmal werden?*

Marie: Ich hab noch keinen festen Plan, aber Vorstellungen. Ich möchte natürlich einige Jahre noch politisch aktiv sein und nebenbei eine Ausbildung zur Bürokauffrau für Kommunikation und Management machen.

*Nico: Sitzungen, auch Kreisvorstandssitzungen, können nicht nur produktiv und spannend, sondern manchmal auch stressig und nervig sein. Wie erholst du dich außerhalb der politischen Arbeit?*

Marie: Ich spiele Volleyball in einem Verein und treffe mich auch gerne privat mit Genossen zum Grillen oder einfach zum Quatschen.

*Nico: Als Jugendpolitische Sprecherin liegt dein Schwerpunkt bei den jüngeren Genoss\*innen. Hast du für die nächsten zwei Jahre schon Pläne oder Ideen, die du umsetzen möchtest, etwa in Blick auf die Landtagswahlen im September?*

Marie: Ich möchte z.B versuchen in Jugendclubs zu gehen um erst einmal herauszufinden wie, ob und in welchem Rahmen die Jugend von Rostock Politik machen möchte und anschließend würde ich gerne politisch orientierte Projekte mit den Menschen durchführen.

*Nico: Da hast du dir einiges vorgenommen. Sicher werden dir viele Genoss\*innen helfen und dich unterstützen. Vielen Dank, dass du dir die Zeit genommen hast.*

Marie: Sehr gerne!



**Gewinner:** Hansa Rostock. Rostock wird nicht viertklassig, zumindest nicht im Fußball.

**Verlierer:** Mal wieder die SPD. Macht in Rostock massiv Werbung für die Mietpreisbremse, kann (oder will) sie in der Landesregierung aber nicht durchsetzen. Die Quittung kommt am 4.9.

## Monatszitate

„Hinter jedem großen Vermögen steht ein Verbrechen!“ (Balzac)

## Monatszahlen

Wäre der Anteil der Löhne am Volkseinkommen 2015 so hoch gewesen wie 2000, hätten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein im Jahr 2015 mehr als 80 Milliarden Euro mehr bekommen müssen. (Michael Schlecht, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag)

Wer 45 Jahre lang arbeitet, bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden, müsste rein rechnerisch einen Mindestlohn von 11,68 Euro erhalten, um im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu bekommen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Frage von Klaus Ernst hervor. Der aktuelle Mindestlohn von 8,50 schützt also nicht vor Altersarmut.

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer ist neue Jugendpolitische Sprecherin der Rostocker LINKEN?
2. Welche Genossin aus dem Landkreis Rostock tritt im Landtagswahlkampf im Wahlkreis 15 an?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 01.06.2016**